

Zweiunddreißigster Jahrgang

der

Metallarbeiter-Zeitung

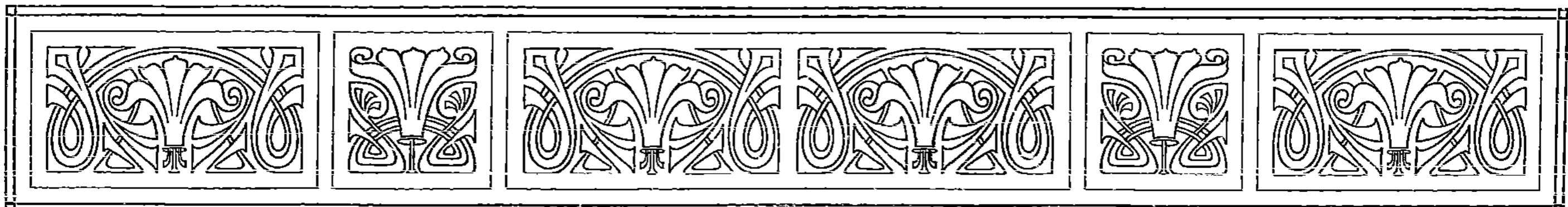
1914



Vereinnahmt GFL 501
Bücherverzeichnis Nr. 4356/1000
am 19. APR. 1958

Stuttgart

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co.
1914



Inhalts-Verzeichnis.

Abhandlungen und sonstige Beiträge mit besonderen Überschriften.

	Seite
Abrechnung, Die — des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für das Jahr 1913	141
— Berichtigung dazu	150
Agitation, Zur — in der Großindustrie	256
Alter, Das Verhältnis zwischen Lohn und —	130
Angestelltenverband, Ein christlicher —	59
Anträge zum neunten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands	175, 182
Arbeiter, Die russischen — vor und beim Kriegsausbruch	334
Arbeiterbewegung, Die — in Luxemburg	223
Arbeiterberégung, Der Krieg und die —	253
Arbeiterbibliotheken, Technische — in —	138
Arbeiterlohnung, 25 Jahre öberschleißer — (siehe auch Seite 229)	138
Arbeiterfeindlichkeit der „Christen“	3
Arbeiterfreund und Arbeiterlöchter, An die —	263
Arbeiter, Das Glück des ledigen —	51
Arbeit auf Lager!	310
Arbeitszug, Ein — nach Raurat	326
Arbeitsgeberverbände, Die Vereinigung der Deutschen — in bösen Schmälerungen	75
Arbeitsgeber-Zeitung, Der „Sozialismus“ der Deutschen —	306
Arbeitslosenversicherung, Nochmals: Der „Sozialismus“ der Deutschen —	318
Arbeitslose, Unterstützung für — (durch Gemeinden) 285, 289, 293, 298, 301, 305, 313, 317, 321, 329, 333	274, 279, 285, 289, 293, 298, 301
Arbeitslose, Unterstützung für — während des Krieges durch Gemeinden (unter D. M.-B.)	274, 279, 285, 289, 293, 298, 301
Arbeitslosenversicherung, Zur — in Bayern	50
Arbeitslosigkeit, Befreiung oder Ausnutzung der	326
Arbeitslosigkeit, Die Krise und — in der Metallindustrie Südwürttembergs	34
Arbeitslosigkeit im vierten Quartaljahr 1913 — ersten = 1914	43
— zweiten = 1914	139
— dritten = 1914	246
Arbeitslosigkeit, Die — im Juli 1914	191
Arbeitslosigkeit, Maßnahmen der Wieselfelder Ortsverwaltung zur Linderung der —	330
Arbeitsnachweis, Der Kampf um den —	309
Arbeitsnachweis der Metallindustriellen im Stuttgarter Industriebezirk	51
Arbeitsordnungen und Strafen	255, 265
Arbeitsvertrag, Krieg und —	289
Arbeitszeit, Was gewinnen wir durch Verkürzung der —?	191
Arbeitszeitverkürzung, Krieg und —	330
Aufgaben, Der Krieg und die sozialen —	309
Aufgaben, Die sozialen — während des Krieges	314
Aufgaben, Gewerkschaftliche — in der Zeit des Krieges	313
August Bebels Lebenserinnerungen	66
Ausichten, Über die — der Eisenindustrie und der Metallarbeiterorganisation 123, 131, 137, 149	302
Bahn, Die — des Geschoßes „Barbarens“. Die italienische Gewerkschaftszentrale gegen die deutschen —	297
Bayern, Von der Großseidenindustrie in —	208
Bebel, August — Lebenserinnerungen	66
Beiträge, Dürfen — zu einem gelben Verein vom Lohn abgezogen werden?	206
Belastnachrichten des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (wegen des Krieges)	261, 265, 270, 273, 278, 281
Belgien, Die Hölle der Arbeiter	310
Bergerbeiter, Die —	206
Berliner Metall- und Maschinenindustrie, Von der —	190
Berliner Wirtschaftsleben, Das — i. J. 1913	41
Berufsgenossenschaften, Die — der Eisen-, Stahl- u. Metallindustrie i. J. 1912 25, 33, 113	191
Berufsgenossenschaften, Vorträge der — über Unfallverhütung	191
Berufszählungen, Die — im Deutschen Metallarbeiter-Verband 1891 bis 1912	2, 10
Betriebsunfälle oder Unfälle des täglichen Lebens, (Eine wichtige Entscheidung des großen Senats des R. S.-A.)	76
Bogensicherung in Erprobung	302
Breslau, Der Kampf in der Linke-Hoffmann-Werke (Eine Nachfrage)	200
Breslau, Der Kampf in — ist beendet	240
Brief, Offener — eines bürgerlichen Angestellten an den Zentralverband Deutscher Industrieller	11
Bücher, Zwei neue — über den politischen Streit	181, 189, 197
Bundesstaatsverordnung für die Großseidenindustrie (siehe auch: Hüttenarbeiterverband — berichtigung)	167
„Christen“, Arbeiterfeindlichkeit der — Christen — Ein Kapitel zur Geschichte der Zentrum — (Kein „geistlicher Beirat“, aber „Personalunion“)	3
„Christen“, Wie die — ihre eigenen Mitglieder prellen	115
Christenläger, Neuer Streit und Widerstand in — (siehe auch: Christenläger — unter Rundschau)	42
Christenläger, Zum neuen Streit im — Christlich-nationaler Theaterdrama	66
Christliche Gewerkschaften, Pöbelische Zugeständnisse und — vor Gericht	115
Deutsche Kulturarbeit	255
Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Die wirtschaftlichen Kämpfe des — im Jahr 1913	198
Deutsche Metallarbeiter-Verband, Abrechnung für das Jahr 1913 — Berichtigung dazu	141
Deutsche Metallarbeiter-Verband: Da weitere Mitglieder (Beamtenmachern) des Verbandes wegen des Krieges 261, 265, 270, 273, 278, 281	150
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bekanntmachungen des Verbandes für die Delegiertenversammlungen zur Gewerkschaftsversammlungen in Südwürttemberg	115
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Die Berufsjahre im —	2
Dieselmotor, Hat der — eine Zukunft in der Seeschiffahrt?	50
Durchhalten!	293
Durlach und Umgebung, Die Verhältnisse der Metallarbeiter in —	290, 293
Eisengießereien, Die Verhältnisse in den badischen — im Jahre 1913	122, 138
Eisenindustrie, Die — des Deutschen Reiches in den Jahren 1908 bis 1911	82
Eisenindustrie, Über die Aussichten der — und der Metallarbeiterorganisationen 123, 131, 137, 149	277
Eisen- und Metallindustrie, Die Lage der — und unser Verband	245
Eisen- und Metallindustrie, Lohnverhältnisse in der oberpfälzischen (siehe auch S. 245)	263
Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, Die Bevölkerungsgruppen der — i. J. 1912 25, 33, 113	310
Elektrizitätsindustrie, Weiterentwicklung der — Glanz, Das — des ledigen Arbeiters	51
Ermaillieren, Das —	74
Erfinderausbeutung	107
Erfinderschutz und Patentreform	128
Erklärung der Sozialdemokraten (im Reichstag zum Kriege)	256
Expreßing, Boykottandrohung ist —	302
Erziehung des Industriearbeiters, Ein Unternehmer über die —	114
Etwa vom Umlernen	331
Fabrikarbeiter, Das Lebensalter der — 290, 298, 302	290, 298, 301, 305, 313, 317, 321, 329, 333
Fabrikgefecht, Die Revision des schweizer. — Fachschulwesen, Das — für die preußische Metallindustrie	17
Ferdinand Fassalles, Zum 50. Todestag —	270
Ferien	238
Fertigindustrie, Die Planlosigkeit der — Frank, Ludwig, im Kriege (siehe: „Das kriegerische Ringen“)	175
Frischlingsarbeit	281
Gedenktage, Zwei — aus der Welt der Technik	318
Gebotsham, Unbedingter —	159
Gelbe Industriebeamte	214
Gemeinschaftsgefühl, Wo bleibt da das —?	99
Generalkommission, Bericht der — für das Jahr 1913	167
Genossenschaftswesen, Das (siehe auch: Konsumvereine, Die — und der Krieg) 76, 200, 232	311
Gedichte, Zur — des Perpetuum mobile 90, 98	32
Gefosse, Die Bahn des —	302
Gehaltsverhältnisse, Die — der Metallschleifer in Offenbach a. M.	255, 262
Gewerbegehirte, Vergleichspraxis der —	18
Gewerbeimpfung, Die badische — i. J. 1913 98, 106	312
Gewerkschaften, An die Mitglieder der — (Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands)	262
Gewerkschaften, Der Einfluß der — auf die Gestaltung d. Lohn- u. Arbeitsbedingungen	245, 254
Gewerkschaften, Der Einzug in die —	130
Gewerkschaften Deutschlands, Anträge zum neunten Kongress der —	175, 182
Gewerkschaften, Die christlichen — als politische Vereine	182
Gewerkschaften, Die deutschen — i. J. 1913 273, 277	313
Gewerkschaften, Die kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei zur NahrungsmittelverSORGUNG	199
Gewerkschaften, Zu dem törichten Schlag gegen die — (bemerkte Wolfgang Heine im Vorwort), nehe auch Rundschau	317
Gewerkschaften, nehe auch unter Christliche Gewerkschaftliche Ausgaben in der Zeit des Krieges	121
Gewerkschaften, Zu dem törichten Schlag gegen die — (bemerkte Wolfgang Heine im Vorwort), nehe auch Rundschau	318
Gewerkschaften, nehe auch unter Christliche Gewerkschaftliche Ausgaben in der Zeit des Krieges	313
Gewerkschaftsbewegung, Die internationale — im Jahr 1913	100
Gewerkschaftskartelle, An die örtlichen — und die Zweigvereine der Zentralverbände	333
Gewerkschaftskartelle, Die deutschen — im Jahr 1913	245, 255
Gewerkschaftslongress, Der neunte	214, 224, 231
Gewerkschaftskongress, Deutscher, Bekanntmachung des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu den Delegiertenversammlungen dafür (siehe auch D. M.-B.)	113
Gewerkschaftskongress, Zum	197
Gewerkschaftsmacht, Vor d. Grenzen der — 97, 105	312
Gewerkschaftsmitglieder, Zur Beschäftigung und Unterstützung der arbeitslosen —	174
Gewerkschaftsprozeß, Zum Kölner — 11, 19	313
Gewerkschaftszentrale, Die italienische — gegen die deutschen „Barbaren“	297
Gleichgewicht, Von —	254
Grenzen, Von den — der Gewerkschaftsmacht	97, 105
Großseidenindustrie, Bundesstaatsverordnung für die —	167
Großseidenindustrie, Von der — in Bayern	208
Großseidenindustrie, Von der württemberg —	10
Großseidenwerken, Die „Panen“ in den — Großindustrie, Zur Agitation in der —	159
Hamburger Hafen, Die Moschee im —	256
Händlervertragsverein, Der — zwischen Lohn- und preußischen Triumphanten	90
Hanigringen, Die Sitten gegen die —	159
Häntzschelalter (siehe: Vor der Großindustrie in Bayern)	208
Häntzschelalterjahr, Der — in Preußen 213, 221	12
Häntzschelalterjahr und preußisches Triumphanten	91
Häntzschelalterjahr, Zum —	27
Häntzschelalterjahrverordnung, Die neue — (siehe auch: Bundesstaatsverordnung x.)	174
Jahresabrechnung, Unsere — für 1913 137, 141	198
Jahresabrechnung, Berichtigung dazu	150
Jahresabrechnung, Zum —	1
Jahresabrechnung, Ein Unterschreiter über die Erzielung des —	114
Jahresabrechnung, Gelbe —	214
Jahresabrechnung, Der bayerische — eine Agentur der deutschen Volksverfügung — A.G.	59
Internationale, Der 50. Geburtstag der —	285
Jubiläum, Die am 1. Jan.	157, 165
Jubiläum, Der — des 1. Jan.	123
Jugend, Der Eingang der — in die Gewerkschaften	150
Jugend, Der Wendepunkt im Leben unserer —	105

	Seite
Kampf, Der — in Breslau ist beendet	240
Kämpfe, Die wirtschaftlichen — des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1913	198
Karl Massalisch gerörten!	337
Klassengegenseite, Milderung der —	166
Klassenkampf, Abschaffung des —	49
Kongress, Anträge zum neunten — der Gewerkschaften Deutschlands	175, 182
Konsumvereine, Die — und der Krieg	297
Kraft, Eine geheimnisvolle —	18
Kraftfahrzeugindustrie, Die Entwicklung der — Krankenkassen, Ein — unter dem neuen „Recht“	58
Krankenkassen, Ein vernichtender Schlag gegen die Selbstverwaltung der —	247
Krieg — Einigkeit in Gefahr	83
Krieg, Der europäische —	322
Krieg, Der — und die Arbeiterbewegung	262
Krieg, Der — und die sozialen Aufgaben	253
Krieg, Die deutsche Sozialdemokratie und der — (Brief Scheidemann an die R. V. Volkszeitung; Erklärung des Parteivorstandes gegen die Hungerringen)	309
Kriegszeitung, Erklärung des Parteivorstandes gegen die Hungerringen	309
Schiffahrts- und Schiffbauverbundesblätter	239
Schlag, Zu dem törichten — gegen die Gewerkschaften (bemerkt Wolfgang Heine im Rundschau)	121
Schloss, Wo die — qualmen	81, 89
Schuldigen, Die —	229, 237
Schützenjäger, Ein gelber —	107
Selbsthilfe, Weder — noch Staatshilfe	33
Selbstverwaltung, Ein vernichtender Schlag gegen die — der Krankenkassen	83
Sind wir noch wettbewerbsfähig?	1
Sozialdemokratie, Erklärung der — (im Reichstag zum Kriege)	256
Sozialdemokratie, Die deutsche — und der Krieg (Brief Scheidemann an die R. V. Volkszeitung; Erklärung des Parteivorstandes gegen Daily Citizen)	306
Sozialpolitik, Tätige und vorbereitende —	301

Zentralumschriften, Die — als Hüttenarbeiter	Seite
freunde"	97
Zufriedenheit	81
Zweigvereine der Zentralverbände, An die Gewerkschaftskartelle und die —	333

Aus den einzelnen Branchen.

Diamantarbeiter, Vom Weltbund der 248

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Adressen werden gesucht	6, 177
Arbeitslose, Unterstützung für — während des Krieges durch die Gemeinden 274, 279, 285, 289	
Auschlüsse von Mitgliedern auf Antrag von:	
Aschersleben 108, Berlin 92, 160, Breslau 201, 240, Chemnitz 52, Danzig 201, Döbeln 248, Dörrnburg 44, Dresden 256, Düsseldorf 36, Duisburg 68, 226, Elmsdorf 20, Erlangen 168, Finsterwalde 217, Flensburg 60, Forchheim 139, Frankfurt a. M. 180, 327, Freising 100, Glücksburg 76, Gera 160, Hagen 189, 184, Halle a. S. 76, Hamburg 191, 209, 327, Hamm 233, Heidenheim 12, 139, Jauer 209, Karlsruhe 76, Kassel 290, Krefeld 92, Kuhbach 266, Leisnig 44, Lübeck 248, Mühlhausen i. Elz 108, Neugersdorf 20, Novitates 331, Nürnberg 52, 266, Opladen 115, Quedlinburg 139, Rothenburg a. T. 168, Sieben Bezirks 132, 218, Singen-Radolfzell 115, Straßburg 108, Tübingen 201, Varel 176, Werten Bezirks 307, Weißlar 307, Wismar 226, Witten-Annen 60, Witten 334, Wolsenbüttel 176.	
Auschlüsse von Mitgliedern auf unmittelbaren Beschluss des Vorstandes 92, 201, 282, 256, 290	
Auschlüsse, zurückgenommene: des Schlossers Witzl Theis 217, Mogler 256, des Schlossers Emil Zöllner 249.	

Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress in München, Berichtigung zur Belegschaftswahlteilung	139
Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress	151

Erklärung (in Sachen des Werkstarbeiterstreits wegen Äußerungen auf der Generalversammlung z. des Holzarbeiterverbandes)	184
Extrabräge vom Vorstand genehmigt für:	

Alteln 5, Chemnitzhau 115, Cuxhaven 314, Elbing 189, Freiburg i. Br. 201, Frankfurt a. O. 217, Graudenz 168, Gumbinnen 189, Gunzenhausen-Nördlingen 36, Halberstadt 191, Heidenheim 201, Hilburghausen 209, Hildesheim 52, Kaiserslautern 210, Leisnig 5, Leutkirch 226, Marburg 168, Mettmann 115, Neuwied 217, Nürnberg 139, Ohrdruf 44, Pfungstadt 256, Riesa 217, Schwabach 232, Sorau 152, Stolp 191, Swinemünde 159, Thorn 60, Begeg 294, Wolgast 76.	
Gewerkschaftskongress, Delegiertenwahlen	150
Jamecny an Stelle von Deißler als Beisitzer des Vorstandes bestimmt	159
Inhaltsverzeichnis der Metallarbeiter-Zeitung 1913 bis 30. Januar 1914 zu bestellen	12
Karl Massatsch gestorben	338
Mitgliedsbücher, Ausstellung von zweiten, dritten u. betreffend	307
Mitgliedsbücher, verlorene, abhanden gekommene (gestohlene) und an den Vorstand abzuliefernde 12, 28, 52, 60, 68, 83, 92, 101, 108, 132, 139, 152, 168, 176, 184, 192, 201, 218, 248, 256, 266, 270, 274, 282, 286, 291, 303, 314, 319, 323, 334	

Nichtaufnahmefähigerklärungen unmittelbar vom Vorstand 20, auf Antrag von:	
Aue 28, Berlin 209, Brandenburg 36, Bremerhaven 139, 209, Burgstädt 20, Chemnitz 168, Greifswald 28, 184, Differdingen 92, Ehingen 28, Freising 124, Fürstenwalde 36, 108, Gera 232, Hannover 339, Kende und Beschluss des Vorstandes 334, Konstanz 240, Lübeck 294, München 152, Nürnberg 115, Penig 201, Riesa 152, Rostock 209, Saalfeld 240, Schwäbisch 115, Solingen 83, Stuttgart 100, Werten Bezirks 319.	
Quittung über die bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder: Dezember 1913: 20; 1914: Januar 52, Februar 83, März 124, April 160, Mai 192, Juni 232, Juli 263, August 279, September 299, Oktober 314, November 331.	
Mechanik, Auflösung zur — vom Vorstand 5, 44, 93, 129, 200, 256, 279, auf Antrag von:	

Altenburg 52, Berlin 60, 100, Bielefeld 209, 303, Bremen 168, Danzig 52, 232, Dresden 226, Düsseldorf 5, 12, 28, 100, 217, Eiswärden-Nordenhain 132, 168, Erfurt 240, Finsterwalde 184, Forchheim 83, Frankfurt a. M. 100, 124, Friedrichshafen 209, Hagen i. W. 100, Hamburg 168, 218, 248, Jauer 108, Kamen 184, Kassel 256, Köln 5, 12, Kuhbach 240, Leisnig 12, Leipzig 132, Lübeck 209, Martredow 124, Novitates 311, 314, Pforzheim 52, Quedlinburg 101, Rothenburg a. T. 124, Saalfeld 44, Salzwedel 175, Sieben Bezirks 218, Varel 139, Werten Bezirks 290, Weißlar 286, Wismar 192, Witten 28, 314, Wittenberg 327, 331, Wolsenbüttel 139, Wurzen 5.	
---	--

Mügen werden erteilt auf Antrag von:	
Danzig 160, Düsseldorf 184, Leipzig 240, 331, Schiedsgericht in Stuttgart 248, Untersuchungskommission in Solingen 60.	
Unterstützung für Arbeitslose während des Krieges durch die Gemeinden 274, 279, 285, 289	

Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften durch den Staat und die Gemeinden (siehe auch die Bekanntmachungen des Vorstandes auf S. 261, 265)	270, 273, 278, 281
--	--------------------

Wartungen 68, 139, auf Antrag des neunten Bezirks	226
Wiederaufnahmefähigerklärung auf Antrag von Altenburg	201

Korrespondenzen.

Diamantarbeiter: Hanau, Erbach und Idar 52.

Drahtarbeiter: Düsseldorf 101, Hagen i. W. 101, Hannover 60, 140, 160, 168, 192, 216, Rottweil 192, St. Ingbert 101, Wismar 105, 209.

Dreher: Berlin 192.

Elektronen: Bremen 811, Freiburg i. Br. 201, Hannover 168, Krefeld 60, Schwerin i. M. 152.	Seite
Emaillierer: Berlin 226, Düsseldorf 21, Offenbach a. M. 133.	

Felsenhauer: Bochum 140, 168, 177, Bromberg 140, Kaiserslautern 169, 218, Peine 226, Röslau a. M. 160, 169, Stuttgart 192.	
Former: Altenstadt 68, Aschersleben 37, Berlin 152, Bochum 132, Borna 201, Brandenburg a. H. 218, Bremen 160, Düsseldorf 124, Ebersbach-Geringswalde 177, Frankenthal-Worms 124, 192, Frankfurt a. M. 21, 68, Freising 140, 152, Gelsenkirchen 101, 133, Göppingen 218, 249, Hagen 44, 77, 209, Heidenheim a. Brenz 101, Hanau a. M. 52, 140, Hannover 334, Rothenau 140, 152, Leipzig 60, Lüdenscheid 45, Martin-Luther 68, Meerane 52, Velbert 68, 209, 226, 241.	

Gelbgießer und Gürller: Berlin 294.	
-------------------------------------	--

Gold- und Silberarbeiter: Berlin 315, Breslau 92, Gmünd (Schwäb.) 335, Hanau 241, Pforzheim 60, 77, 184, Posen 160.	
---	--

Graveure und Ziseleure: Berlin 52, 101, Frankfurt a. M.-Sprendlingen 45, 77, Heilbronn und Nürnberg (Brückner) 116, Leipzig 160, München 124, Stuttgart (Brückner) 60.	
--	--

Heizungsmechaniker: Grimmaischau 12, Dresden 77, Düsseldorf 124, Hagen i. W. 153, Hamburg 192, Hannover 140, 339, Quedlinburg 209.	
--	--

Hüttenarbeiter: Düsseldorf 12, Eiswärden-Nordenhain 101, 116, Lothringen und Luxemburg 60, Meß 102, Oberhausen (Wld.) 161, Oberschlesien 21, Steyrade 192.	
--	--

Installateure: Breslau 37.	
----------------------------	--

Instrumentenmacher: Berlin 116, Frankfurt a. M. 61, Freiburg i. Br. 44, 209, Tuttlingen 68.	
---	--

Klemmpner: Aue Baden 153, Bamberg 147, Bergedorf 193, Brandenburg a. H. 153, Braunschweig 117, 177, Breisach 133, Eßen 183, Frankenthal 161, Frankfurt a. M. 241, Freiburg i. W. (Tarifverhandlungen für Baden) 117, Hamburg 286, Güterbog 257, Kassel 185, Köln 193, Krefeld 241, 257, Nürnberg 124, Osnabrück 241, Posen 183, Stuttgart, Heilbronn, Göppingen, Karlsruhe, Freiburg, Konstanz, Kolmar, Singen 77, Stuttgart 133.	
---	--

Mechaniker: Bremerhaven 21, Kassel 183, 209, 226, Wilhelmshaven-Müstringen 108.	
---	--

Metallarbeiter: Aalen 93, Altenburg 315, Altenstadt 69, Aschersleben 241, Aue i. S. 169, 185, 249, Bergedorf 69, 232, Berlin 125, 201, 274, 279, 291, 312, 315, 323, 331, Bielefeld 83 (Simonswerke in Rötha), 295, 312, Bonn a. Rh. 93, Brandenburg a. H. 209, Braunschweig 193, Bremen 177, 185, 209, Bremerhaven 263, Breslau 21, 45, 61, 109, 117, 193, Bruchsal 201, Chemnitz 21, 84, 102, 109, 117, 153, 169, 210, 241, 257, 319, Dinslage 53, Dresden 53, 117, 125, 133, 169, Duisburg 45, 84, Düsseldorf 53, 61, 69, 93, 147 (Ratingen), 201, 219, 279, Eßen 274, Feuerbach 29, Finsterwalde 6, Frankenberg i. S. 193, Frankfurt a. M. 53, 109 (Weißig), 303, Freiberg i. S. 147, Gardelegen 232, Göppingen 257, 263, 286, Gotha 69, 319, Groß-Lüneburg 210, Hamburg 84, 133, 286, Hameln 69, Hanau a. M. 29, Hannover 6, 339, Harburg a. H. 283, Hartha (Stadt) 169, Heilbronn 37, Hohenlimburg 109, 283, Hirschau 109, Ilmenau 45, 93, Güterbog-Luckenwalde 45, Güterbog 77, 85, Karlsruhe 102, Kassel 85, Köln a. Rh. 291, Königsberg i. Br. 299, Köthen 185, Leipzig 83, 153, 169 (Schilling), 185, 249, Liegnitz 83, 153, 169 (Schilling), 185, 249, Luckenwalde 110, 133, Mainz 45, 85, 153, 178, 226, Mallmitz 283, Marktredow 178, Mettmann 22, Meß 93, Mühlheim (Ruhr) 125, München 263, Nürnberg 117, Oberhausen (Wld.) 93, Oberschlesien 6, 60, Offenbach a. M. 153, Opladen (Mannheim a. Rh.) 77, Osnabrück 29, Penig 218, Saalburg 117, Schneidemühl 13, Schönebeck a. E. 169, Schramberg 161, 194, 249, Schwenningen 133, 194, 283, Singen a. H. 53, Solingen 233, 249, Stettin 274, Straßburg i. E. 69, 117, 154, Stuttgart 201, 210, Stuttgart-Cannstatt 134, 161, 185, 194, 202, Stuttgart (Winterbach) 110, Thüringen, Aue 219, Ünn. a. D. 134, Velbert 70, 169, 170, 194, 249, 286, 339, Werdau 178, 186, Wismar 147, Wittenberg 110, Wittenberge 45, 178, Wurzen 250.	
---	--

Metalldrücker: Berlin 299, Burgsteinfurt 233.	
---	--

Rohrleger: Berlin 46, 70, 96, 134, 170, 202, 250, 295, 303, 312, 320.	
---	--

Schläger: Berlin 335, Bielefeld 6, Bremen 126, Düren 250, Hannover 186, 242, München 154, Posen 154, Waldenburg i. Sachsen 242.	
---	--

Schmiede: Berlin 315, Düsseldorf 154, 178, Kiel 37, Mainz 46, 78.	
---	--

Walzwerkarbeiter: Witten 202.	
-------------------------------	--

Werstarbeiter: Hamburg 258, Kiel 242, Österreich-Schwarzwald 233.	
---	--

Kundschau.

Agitation im Betriebe	385
Ansprüche der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen	303

Arbeit, Die — in den Waggonfabriken	299
Arbeiter, Ein verletzter — als Beträger	38

Arbeiterausschuswahl auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel	227
Arbeiterausschuswahl auf der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven	71

Arbeiterausschuswahl auf der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven	38
--	----

Arbeiterausschuswahl, Die — in den Maschinenbetrieben	78
Arbeiterausscherrung, Kann auch eine — als „Arbeits-einstellung“ betrachtet werden?	292

Arbeiterbeschäftigung, Heeresverwaltung und Arbeiterbewegung, Handlung in der christlich-nationalen Arbeitsergufundtspflege, Gründung einer Zentrale für	203
Arbeiterpolitik, Falsche — in Kriegszeiten	283

Arbeiterschutzkonferenz in Belgien
--

Seite		Seite		Seite		Seite		
Gewerkschaftsmitglieder, Was wissen die — von ihrem eigenen Verband?		102	Metalle, Höchstpreise für —	339	Stuttgarter Metallarbeiterheim G. m. b. H.	118	Wirtschaftsleben, Wie der Krieg auf das — wirkt	291
Gehmann und Böttger (siehe auch Hüttenarbeitereschuß im Reichstag)		54	Metallindustrieller, Der Verband Berliner — wirbt Gelbe	287	Submissionswesens, Zur Frage des —	94	Woche, Die rote —	70
Heereslieferungen, Zwischenunternehmer bei —		327	Mitgliederverlust, Starfer — im „christlichen“ Bergarbeiterverband	7	Tat"zigkeit, Eine	280	Wucherer, An die —	284
Heeresverwaltung und Arbeiterbeschäftigung		308	Mörder, Wie — gezüchtet werden	68	Tarifbruch, Aussperrung unter —	55	Zaren, Andere Ansichten über den —	267
Hinterbliebenen, Ansprüche der — der im Kriege Gefallenen		303	Motorenindustrie, Die — und der Krieg	287	Täuschungen, Mertwürdige" —	339	Zentralkommission für Sport und Körperpflege	30
Hirsch-Dunderiana:			„Na, det wa ja jar nich so schlimm" (Reising)	78	Taylor-System, Das — bei der A. G. G.	179, 196	Zentralverband deutscher Konsumvereine, Der — im Jahre 1913	95
Auf der Höhe		95	Nachahnung, Zur — empfohlen	38	Taylor-System, Das — in Deutschland	208	Zentrumsschriften, Die geschlagenen —	127
Beispiel, Das abschreckende		71	Nahrungsmittelvernichtung	280	Taylor-System, Ein Arbeiter über das —	219	Zentrumspresse, Wie die — christlich organisierte Streifende behandelt	155
„Deutsche Arbeiter werdet einig!"		171	Ruhmischer, Ein — des Kriegs	267	Technik, Ware und Preis	251	Zusammenarbeit der Unternehmer- und Gehilfenorganisationen im Malergewerbe	283
Werktürrige Rechtsprechung		187	Obergelben, Die Sittlichkeit eines —	179	Techniker, Ein neuer Kriegsplan gegen die —	179	Zusatzversicherung, Fehlschlag der —	126
Milchbauer vor die Front!		55	Oberpräsident und Landrat als Förderer der „Wirtschaftsfriedlichen"	195	Terrorismus, Ist das kein — ?	227	Zuverlässigkeit, Über die — seines Gesellen	103
Hochburg, Aus einer gelben —		134, 196	Operario Italiano, Die Redaktion des —	102	Terrorismus, Königstreuer	8	Zwischenunternehmer bei Heereslieferungen	327
Hochstpreise für Metalle		339	Organisationen, Unsere gegnerischen — und der Krieg	291	Tscheche, Ein — als Hauptmacher eines „vaterländischen" Arbeitvereins	7		
Hochverräter, Ein gelber —		227	Organisierte Arbeiter als Schuhleute	267	Tuberkulose, Aufruf zur weiteren Bekämpfung	79		
Holzarbeiter-Jugendblatt, Ein —		187	Organisierte Arbeiter eigener Art	227	der —	275		
Hüttenarbeiter, Wie — behandelt werden		186	Ortskranenkassentagung	242				
Hüttenarbeitereschuß im Reichstag		37						
Zagowiterei, Zur — gegen die Gewerkschaften		126						
Industriezeugnisse, Deutsche — im Ausland		335						
Innungsfeindschaft		22						
Internationaler Sozialistenkongress		258						
Italiener in Deutschland u. Deutsche in Italien		299						
Jugendsang, Politische Bestrebungen der „Christlichen" beim —		163						
Kaiserlichen Werft zu Danzig, Einstellungsbedingungen der —		312						
„Kampf" englischer Gewerkschafter gegen Deutschland		323, 335						
Kapitalmacht, Die — der Gewerkschaften		22						
Karoehl, Dr., sucht einen Schwerverbrecher		162						
Karwohl, Dr., Eine kleine Freude für Herrn Karmarec, Vom Streikbrecheragenten —		187						
Keiling (siehe „Na...")		78						
„Kiemmeine bei den Toten", Wieder die — Kölner Richtung", Ein Pyrrhusieg der — Kongress, Neunter — der Gewerkschaften Deutschlands		196, 187						
Königsteuer Terrorismus								
Konsumvereine, An die Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher —								
Konsumvereine, Der Zentralverband deutscher — im Jahre 1913		263						
Konsumvereine, Die Kriegervereine gegen die —								
Konsumvereinskämpfer, Ein hineingefallener —								
Krankenkassen, Die — und die Ärzte		111						
Krankenkassen, Gesetz betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der —		266						
Krankenkassen, Sozialdemokratische Misswirtschaft in den —		46						
Krankenkassen, Weniger Bürokratismus in den —		234						
Krankenkassenmitglieder, Achtung!		234						
Krankenkassenwahl bei Blohm & Voss		263						
Krankenkassenwirtschaft, Gelbe —		110						
Krankenversicherung, Gesetz betreffend Erhaltung der Unionschaften von —		127						
Krieg, Das englische Proletariat gegen den —		267						
Krieg, Das ist der — (Mülhausen i. G.)		287						
Krieg, Die Maschinenindustrie und der —		291						
Krieg, Die sächsischen Metallarbeiter und der —		307						
Krieg, Unsere gegnerischen Organisationen und der —		291						
Krieg, Wie der — auf das Wirtschaftsleben wirkt								
Kriege, Flüchten nach dem —								
Kriegervereine, Die — gegen die Konsumvereine								
Krieges, Schärsmacherei auch während des —								
Kriegs, Ein Ruhmischer des —								
Kriegsatzgemeinschaft, Von der — im Bauwesen								
Kriegsdienst, Deutsche Gewerkschaftsmitglieder im —								
Kriegsfürsorge, Erweiterung der —								
Kriegslage, Ausnutzung der — durch Unternehmer								
Kriegsplan, Ein neuer — gegen die Techniker		267						
Kriegszeit, Unternehmerpflichten in der —		279						
Kriegszeit, Politische Arbeitspolitik in —		283						
Krupp, Die Virtus — und die Vierzigjährigen Kindgeburt von Unternehmerorganisationen		280						
Kursus für Blitzableiterprüfer		295						
Leibniz sagt: Wer am meisten zahlt, der hat uns ledige, Eine Genossenschaft für —		95						
Lehrling oder Hilfsarbeiter								
Lehrtagsausstattung								
Lehrtarif, Bruch des —								
Löhnlinderungsverträge des Zentralbildungsausschusses		163						
Löslein, Tapeten und Belichtungsspuren		162						
Literaturkunst, Der Schlossermeister als —		179						
Löschfests, Gewerkschaft Sonderjahrten im —		135						
Moiseier, Ein Schärsmacherei gegen die —								
Moiseier (Hamburger Beschläg und Stoß Eisenberg)								
Malergewerke, Zusammenarbeiten der Unternehmer- und Gehilfenorganisationen im —								
Marinebetrieb, Die Arbeiterarbeitsaufnahmen in den —								
Märznummer, Die — der Zeitchrift Volksfürsorge								
Maschinenindustrie, Die — und der Krieg		95						
Maschinenindustrie, Die — und der Krieg „Werktürrige Tänzerungen"		291						
Metallarbeiter, Berufliche Fortbildung für —		299						
Metallarbeiter, Die jüngsten — und der Krieg		307						
Metallarbeiter-Verband, Der „christliche" — eine — Berufserziehungsgesellschaft?		147						
Metallarbeiter-Verband, Schwundel über den —		102						
Metallarbeiter-Verbandes, Eine Eingabe des								
Metalle, Höchstpreise für —		102						
Metallindustrieller, Der Verband Berliner — wirbt Gelbe								
Mitgliederverlust, Starfer — im „christlichen" Bergarbeiterverband								
Mörder, Wie — gezüchtet werden		68						
Motorenindustrie, Die — und der Krieg		287						
„Na, det wa ja jar nich so schlimm" (Reising)		78						
Nachahnung, Zur — empfohlen		38						
Nahrungsmittelvernichtung		280						
Ruhmischer, Ein — des Kriegs		267						
Obergelben, Die Sittlichkeit eines —		179						
Oberpräsident und Landrat als Förderer der „Wirtschaftsfriedlichen"		195						
Operario Italiano, Die Redaktion des —		102						
Organisationen, Unsere gegnerischen — und der Krieg		291						
Organisierte Arbeiter als Schuhleute		267						
Organisierte Arbeiter eigener Art		227						
Ortskranenkassentagung		242						
Paris-Versailles		62						
Patentschwundel		163						
Paul Herse der Schärsmacherei und die gefährliche Rheinisch-Westfälische Zeitung		148						
Pflichten nach dem Krieg		284						
Presse, Die sozialdemokratische — als Vertreterin gewerkschaftlicher Interessen		30						
Presse, Wie die bürgerliche — das Publikum irreführt		95						
Proletariat, Das englische — gegen den Krieg		267						
Pyrrhusieg, Ein — der „Kölner Richtung"		187						
Rabattmarke, Die — als Täuschungsmittel		127						
Rabattparvereine und überflüssiger Zwischenhandel		103						
Reichen, Vom Übermut der —		163						
Reichstag		29, 37, 46, 54, 61, 70, 78, 86, 94, 102, 110, 154, 162, 170, 178, 194						

Fehlerberichtigungen.

195 227 Art. 18, Seite 137, zweite Spalte, Zeile 17 von oben. Statt der neuen Wehrvorlage lies: des neuen
250 Wehrgesetzes.
55 = 23, = 188, = 39 = unten. = Kartellinspektion lies: Kartenprüfung.
= 26, = 209, dritte = 28 = = Vergütung lies: Ründigung.
163 = 27, = 224 = 52 =

metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röntgenstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insetionsgebühr pro sechsgesparte Kolonieheft:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
575000
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Zum Jahreswechsel.

Im Zeichen des Krieges hatte das verschlossene Jahr begonnen, im Zeichen der Wirtschaftskrise nimmt es nun seinen Abschied, und alles, was dazwischen liegt, entspricht seinen beiden Polen. Genau genommen war zur Zeit des Jahreswechsels auf dem Balkan Waffenstillstand, aber bald folgte die Fortsetzung des Krieges, der zweite Balkankrieg, dem im Sommer sogar der dritte folgte, als die christlichen Völker, die erst gemeinsam gegen die Türkei gekämpft, sich über die Verteilung der Beute nicht einigen konnten. Wie die Balkanvölker selbst über diese Kriege denken, die so viel Elend und Jammer über sie gebracht, Familienglück und Wohlstand zerstört und eine neue Ära unbeschränkter Vermehrung der Staatschulden mit ungeheuren Zinsenlasten eröffnet haben, das hat die erste Gelegenheit zu einer allgemeinen Willenskundgebung geoffenbart, nämlich die Parlamentswahlen in Bulgarien, die der sozialdemokratischen Partei, deren Organisationen und Presse durch die Kriege vernichtet wurden, deren Mitglieder zu einem großen Teil auf den Schlachtfeldern geblieben sind, nicht weniger als 37 Mandate brachten, während gleichzeitig die bulgarischen Werkzeuge der russischen Henkerregierung als Partei geradezu weggeschlagen wurden. Diese Sprache des Volkes ist deutlich, sie bekundet eine stark entwickelte politische Reife des bulgarischen Volkes, dem man nur ein tatkästiges Fortschreiten auf diesem Wege wünschen möchte.

Was während der Balkankriege immer zu befürchten war, eine unheilvolle Rückwirkung auf das übrige Europa, das trat nur zu bald in Form ungeheuerlicher Pläne für neue Rüstungen zutage. Die deutsche Regierung machte mit ihrer bekannten Militärvorlage zur Verstärkung der Armee um 136000 Mann auf einen Schlag und mit einem außerordentlichen finanziellen Aufwand von 1300 Millionen Mark den Anfang und Frankreich folgte dem bösen Beispiel auf dem Fuße nach. Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit und Mehrkosten von 1800 Millionen Franken heissen hier die neuen Lasten für das Volk. Österreich, das durch die unsfähige Politik seiner feudal-aristokratisch-klerikalischen Regierungen in Wien und Budapest mit den gleichwertigen Reichsministern an der Spitze, wirtschaftlich geradezu furchtbar, um Milliarden volkswirtschaftlicher Verluste, geschädigt wurde, wendet ebenfalls weitere Hunderte von Millionen Kronen für neue Heeresvermehrungen auf. Das gleiche geschieht in Russland und auch die kleinen Staaten machen neue Anstrengungen, um wenigstens ihr bisheriges Stärkeverhältnis gegenüber den Großstaaten zu behaupten.

So haben die Balkankriege furchtbare Folgen für ganz Europa gehabt und statt der so heiß ersehnten Eröffnung einer Ära der endliche Abrüstung ist eine solche neuere und schwererer Rüstungen, als sie bisher die Völker zu tragen hatten, eingetreten. Mehr Soldaten, mehr Kasernen, mehr Kanonen, Flinten und Säbel, mehr Steuern und mehr Staatschulden nebst größeren Summen für deren Verzinsung, so lautet für die übrigen Völker Europas das Ergebnis der Balkankriege, die sie nicht verschuldeten und denen sie völlig fernstanden; Verstärkung der ungeheuren Macht des volksfeindlichen Militarismus in ganz Europa ist das Schlußergebnis des ganzen Jahres 1913.

Könnte der so ins Rollen geratene Stein neuer Rüstungen auch nicht mehr aufgehalten werden, so konnte doch die deutsch-französische Verständigungskonferenz, die zu Pfingsten in Berlin stattfand, angefischt ihres großen Ziels, zwischen Deutschland und Frankreich ein freundlicheres Verhältnis herzustellen, nur auf das freudigste von allen aufrichtigen Friedensfreunden begrüßt werden. Trägt die Entzweiung der beiden Staaten, daß seit 40 Jahren zwischen ihnen bestehende gespannte, stets mit Explosivstoffen geladene Verhältnis an der unerlösen Entwicklung des Militarismus in Europa die größte Schuld, so müßte die endliche und dauernde Entspannung wesentlich zu der längst geforderten Abrüstung oder doch deren Einschränkung führen. Es scheint, daß diese Konferenz mit permanenten parlamentarischen, aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Mitgliedern bestehenden Komitees in beiden Ländern zu einer dauernden Einrichtung wird, die unter solchen Umständen zu Erfolgen führen kann.

Das lebhafteste Bedauern erfüllte alle ehrlichen Friedensfreunde das am 13. August erfolgte Hinscheiden unseres unvergleichlichen Kämpfers August Bebel, des hervorragendsten Vertreters der internationalen Völkerbrüderung und des internationalen Völkerfriedens.

Zur politischen Auskündigung der Völker haben auch die sensiblen Empfindungen über die Kriegstreiber einsetzt, Zugang neuer Mitglieder! Es sollte in dieser Krise

nationalen Rüstungskapitals, mit Einschluß des deutschen, und nicht zuletzt auch die Kruppaffäre beigetragen. Es wurden ihnen die Augen geöffnet über die kapitalistischen Verbrechen, die die Völker gegeneinander hetzen und Kriege anzetteln, nur damit das Kapital reiche Millionengewinne machen, riesige neue Millionenaufträge erhaschen kann.

Die Hauptarbeit zur Förderung der internationalen Friedensbestrebungen wird freilich immer den Massen des arbeitenden Volkes verbleiben, der organisierten Arbeiterbewegung, die den Chauvinismus bekämpft und durch die internationale Solidarität, durch die Verbrüderung des Proletariats und in letzter Linie durch den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus überwinden wird. Dann werden auch gefahrvolle innen und außen empörend und aufreizend wirkende Vorgänge, wie die in Sabern, auf die nur das Misstrauensvotum des Reichstages gegen die mit der österreichischen Regierung um den Preis der politischen Unfähigkeit ringende Reichsregierung mildernd und versöhnend wirken konnte, unmöglich sein. Leider bekamen die bürgerlichen Oppositionsmänner schnell Angst vor ihrer eigenen Kourage und statt die Situation auszunützen für die so dringend notwendige freiheitliche Gestaltung der politischen Verhältnisse, klappten sie wieder zusammen und so bleibt das alte Elend des Scheinkonstitutionalismus und des persönlichen Regiments fortbestehen.

Die bürgerlichen Parteien sind noch weiter nach abwärts geglitten und haben sich geradezu einmütig im Reichstag für einen neuen Buchthal aus fürs erklärt, wobei die Form vorläufig Nebensache ist. Es genügt diesen „Volksvertretern“ noch nicht die unheilvolle Entwicklung der Klassenjustiz, die in der konsequenten Freisprechung streitbrechender Mörder und der schwersten Verurteilung streikender Arbeiter auch wegen den wichtigsten Dingen vorläufig ihren Höhepunkt erreicht hat; sie fordern noch eine weitere Verschärfung und Zuspitzung dieser Verhältnisse bis zur Verhinderung der sozialen Kämpfe durch die organisierte Arbeiterschaft. Diese Situation erhöht für das Jahr 1914 die heftigsten politischen Klassenkämpfe, wobei es um die politische Gleichberechtigung der Arbeiter geht, die die besitzenden und herrschenden Klassen entrichten und wehrlos dem habgierigsten Ausbeutertum ausliefern wollen.

Gleichzeitig geht nebenher der Kampf gegen jede Sozialpolitik, der in der neuerlichen Ablehnung der Arbeitslosenfürsorge durch das Reich ihren bedeutsamsten Ausdruck durch die Erklärung der Regierung gefunden hat. Diese ablehnende Stellungnahme der Reichsregierung inmitten einer schweren Wirtschaftskrise, die in Deutschland allein bereits eine halbe Million Arbeitsloser auf die Straße geworfen hat und in einem Jahre, das 1300 Millionen Mark neuer Steuern sowie ein Budget mit über 3 Milliarden Mark brachte, vor eine sehr gewagte und aufreizende Aktion. Was soll der Arbeiter als Soldat verteidigen, wenn ihn das Vaterland in der größten Notlage, dann, wenn er es am dringendsten brauchen würde, schmide im Stiche läßt? „Wozu hätte ich Freunde nötig, wenn ich sie nicht nötig hätte?“, sagt der Dichter und wo zu einem Vaterland, das mit seinen notleidenden Kindern feinerlei Solidarität kennt? Sollen die Proletarier sich für das Vaterland der Reichen opfern, die ihnen zu jeder Zeit den Fuß auf den Nacken setzen? Überall die gleiche Einsichtlosigkeit und der Mangel an gutem Willen der herrschenden Klassen gegen die Besitzlosen.

Demgegenüber glänzt die eigene proletarische Solidarität, die gewerkschaftlich organisierte Selbsthilfe, wonach einer für alle und alle für einen stehen und die im Jahre 1913 gewiß 10 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung aufgewendet hat.

Und daneben halten die Gewerkschaften die erkämpften Errungenschaften fest und bemühen sich selbst in den Zeiten der Krise, noch weitere Fortschritte in der Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erlangen.

Unser Rückblick auf das Jahr 1913 bietet nicht gerade Erfreuliches, aber um so mehr Unerfreuliches und die Aussichten für das Jahr 1914 sind kaum besser. Trotz der glänzenden wirtschaftlichen Ernte dieses Jahres, die eine reiche Rekordernte ist, kann nicht angenommen werden, daß die Wirtschaftskrise so schnell wieder überwunden sein und einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung Platz machen wird. Vielmehr wird das Jahr 1914 ein Kriegerjahr sein und der wirtschaftliche Niedergang dürfte noch schlimmere Formen annehmen. Der Kapitalismus ist wieder einmal, wie schon so oft, bankrott und es dauert erfahrungsgemäß immer längere Zeit, bis sich der Bankrotteur zu neuen Unternehmungen erholt.

Auf jeden Fall aber sollten die Arbeiter der Gewerkschaft nicht untertreten werden, deren allseitiger großer Wert, deren Notwendigkeit, Möglichkeit und Unentbehrlichkeit gerade in Zeiten der Krise sich so überzeugend erweist. Und darum Treue der Mitglieder zu ihrer Gewerkschaft, keine Fahnenschwünge über die Kriegstreiber!

einmal planmäßig die Probe daraufhin gemacht werden, ob die Gewerkschaft nicht nur vor Mitgliederverlusten geschützt, sondern sogar weiter gestärkt und gehoben werden kann. Und darum Kopf hoch und vorwärts auch im neuen Jahre trotz alledem!

Und so last das Banner wehn!
Vorwärts! rauscht's aus seinen Falten,
Nie soll's schwachvoll untergehn,
Immer wollen hoch wir's halten.
Weiter! Vorwärts! Zoll um Zoll,
Bis wir unser Ziel erreicht'n,
Bis uns schimmernd, fröhlevoll
Unser Zukunft Gärten leuchten.

Sind wir noch wettbewerbsfähig?

Vor einigen Wochen wurde in einem längeren Artikel in dem Zentralblatt der Hütten- und Walzwerke eine Untersuchung darüber ange stellt, ob die deutsche Industrie auch weiterhin wettbewerbsfähig sei. Angesichts der geradezu glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung ist diese Frage für uns noch nicht brennend, wird in den nächsten Jahren für uns auch noch nicht brennend werden. Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß die Industrialisierung in Rußland, China, Japan u. s. w. in den nächsten Jahren bedeutend schneller Fortschritte machen wird als es bisher der Fall gewesen ist. Ganz besonders ist es China, das vom Unternehmertum der Industriestaaten, in erster Linie England, Deutschland und Amerika, heiß umworben wird. China ist sehr reich an Kohlen und Erzen. Sind in einem Lande diese Ressourcen vorhanden, so ist es ganz selbstverständlich, daß sich die Kapitalisten auf diese Beute werfen werden. Mit der Industrialisierung dieser Länder wird also der Export von Maschinen, Schienen, Trägern u. s. w. vorerst schwanken, aber nach und nach werden sie sich doch immer mehr selbstständig machen. Die Konkurrenz dieser Länder darf auch deshalb nicht unterschätzt werden, weil man es bei ihnen noch mit sehr billigen Arbeitskräften zu tun hat.

Von diesem Standpunkte aus untersucht der Verfasser des be treffenden Artikels jedoch die Frage nicht, sondern er untersucht sie vom Standpunkte der sozialpolitischen Belastung aus. Infolge der zurzeit herrschenden Krise und des Rufs der Arbeiter nach einer Reichsarbeitslosenversicherung stimmen die Unternehmer ein wahres Wutgeheul an. Unter keinen Umständen wünschen sie eine stärkere sozialpolitische Belastung. Sie prophezeien den Untergang der deutschen Industrie, wenn das deutsche Unternehmertum abermals belastet würde. Bei diesem Geschrei der Unternehmer muß man die Freiheit bewahren, mit der sie aufzutreten. Den dummen Arbeitern will man weismachen, daß die Herren Unternehmer und Aktionäre sich recht klarlich durchs Leben schlagen müssen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall.

Hin und wieder entglüpft nun aber einmal so im „Drang der Gesellschaft“ dem einen oder andern Unternehmer ein Gejännis, worüber die Sozialdemokraten und Gewerkschafter sich nur freuen können. Das ist auch hier der Fall. Neben der sozialpolitischen Belastung kommt bei dem Mann in dem genannten Blatt noch eine viel wichtige Belastung hinzu. Lassen wir den Mann selbst reden:

„Wie steht es denn eigentlich? Man lasse sich doch nicht täuschen, daß die Teuerung für Lebensmittel in Deutschland, auch wenn man von allen tendenziösen Übertreibungen absieht, einen Grab erreicht hat, der an und für sich und durch seine Rückwirkung auf die Wirtschaft die Produktionskosten ganz außerordentlich in die Höhe schraubt. Die großen Werke haben sich schon zu allerhand künstlichen Maßnahmen veranlaßt gesehen. Sie haben Kartoffeln und Gemüse im großen eingekauft, sie haben Schweinezüchteren eingerichtet, ein führendes Werk der Eisenindustrie hat laut Zeitungsberichten in der Lüneburger Heide ein ausgedehntes Grundstück erworben, nur um für seine Arbeiterschaft billige Lebensmittel zu beschaffen! Das sind Verhältnisse, die man nicht als gesund bezeichnen kann. Das Geflechte der einzelnen Unternehmer verdient das höchste Lob, aber es ist bedauerlich, daß solche Maßnahmen überhaupt nötig werden. Wenn man bedenkt, um wieviel billiger im Verhältnis der Arbeiter in England oder gar in Rußland sein Fleisch kaufen kann, wenn man die Nahrungsmittelpreise auch der meisten übrigen Länder in Betracht zieht, so wird man sich sagen müssen, daß schon hier durch Deutschland allmählich ins Hintertreffen gedrangt wird. So einerseitswert also jene kleinen Mittel und Mittelchen sein mögen, hier helfen nur durchgreifende Maßregeln, und wenn es der Landwirtschaft ernst damit ist, zur Industrie freundlichere Beziehungen zu gewinnen, so muß sie einmal alle Anstrengungen machen, um selbst der herrschenden Katastrophe abzuhelfen, und muß es sich an zweiter Stelle gefallen lassen, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um durch weitere Zufuhr die Lebenshaltung des Arbeiters zu verbessern. Mit der Belastigungsfrage besteht hier Wichtigkeit die Bodenfrage. Auch für die Verbilligung der Fleischpreise muß Sorge getragen werden, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß ebenso wie hohe Fleischpreise, so auch die hohen Preise zur Verarbeitung der Produktion in erheblichem Maße beitragen. — Man braucht nicht gerade an japanische Verhältnisse zu erinnern, wo die Billigkeitswelt der Arbeiter und die Billigkeit des Lebensunterhaltes über kurz oder lang jeden ausländischen Wettbewerb unmöglich gemacht haben wird. In den japanischen Seidenfabriken erträgt die männliche Arbeiter etwa 60 Sh. die Arbeiterin kaum mehr als die Hälfte pro Tag, und diese Lohnsätze sowie das Fehlen jeglicher sozialpolitischer Belastung ermöglichen es der dortigen Industrie, ihre Erzeugnisse zu Preisen abzusetzen, mit denen überhaupt keine europäische Manufaktur Schritt halten kann. Selbstverständlich kann in solchen Zuständen nicht etwa ein Ideal erledigt werden, aber in Deutschland bewegen wir uns dem entgegengesetzten, ebensoviel-

„Wie steht es denn eigentlich? Man lasse sich doch nicht täuschen, daß die Teuerung für Lebensmittel in Deutschland, auch wenn man von allen tendenziösen Übertreibungen absieht, einen Grab erreicht hat, der an und für sich und durch seine Rückwirkung auf die Wirtschaft die Produktionskosten ganz außerordentlich in die Höhe schraubt. Die großen Werke haben sich schon zu allerhand künstlichen Maßnahmen veranlaßt gesehen. Sie haben Kartoffeln und Gemüse im großen eingekauft, sie haben Schweinezüchteren eingerichtet, ein führendes Werk der Eisenindustrie hat laut Zeitungsberichten in der Lüneburger Heide ein ausgedehntes Grundstück erworben, nur um für seine Arbeiterschaft billige Lebensmittel zu beschaffen! Das sind Verhältnisse, die man nicht als gesund bezeichnen kann. Das Geflechte der einzelnen Unternehmer verdient das höchste Lob, aber es ist bedauerlich, daß solche Maßnahmen überhaupt nötig werden. Wenn man bedenkt, um wieviel billiger im Verhältnis der Arbeiter in England oder gar in Rußland sein Fleisch kaufen kann, wenn man die Nahrungsmittelpreise auch der meisten übrigen Länder in Betracht zieht, so wird man sich sagen müssen, daß schon hier durch Deutschland allmählich ins Hintertreffen gedrangt wird. So einerseitswert also jene kleinen Mittel und Mittelchen sein mögen, hier helfen nur durchgreifende Maßregeln, und wenn es der Landwirtschaft ernst damit ist, zur Industrie freundlichere Beziehungen zu gewinnen, so muß sie einmal alle Anstrengungen machen, um selbst der herrschenden Katastrophe abzuhelfen, und muß es sich an zweiter Stelle gefallen lassen, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um durch weitere Zufuhr die Lebenshaltung des Arbeiters zu verbessern. Mit der Belastigungsfrage besteht hier Wichtigkeit die Bodenfrage. Auch für die Verbilligung der Fleischpreise muß Sorge getragen werden, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß ebenso wie hohe Fleischpreise, so auch die hohen Preise zur Verarbeitung der Produktion in erheblichem Maße beitragen. — Man braucht nicht gerade an japanische Verhältnisse zu erinnern, wo die Billigkeit der Arbeiter und die Billigkeit des Lebensunterhaltes über kurz oder lang jeden ausländischen Wettbewerb unmöglich gemacht haben wird. In den japanischen Seidenfabriken erträgt die männliche Arbeiter etwa 60 Sh. die Arbeiterin kaum mehr als die Hälfte pro Tag, und diese Lohnsätze sowie das Fehlen jeglicher sozialpolitischer Belastung ermöglichen es der dortigen Industrie, ihre Erzeugnisse zu Preisen abzusetzen, mit denen überhaupt keine europäische Manufaktur Schritt halten kann. Selbstverständlich kann in solchen Zuständen nicht etwa ein Ideal erledigt werden, aber in Deutschland bewegen wir uns dem entgegengesetzten, ebensoviel-

„Und dazu kommt, daß der Geldbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden bei uns in ganz anderen Städten in die Höhe schnellt als in anderen Ländern. Freilich ist, absolut berechnet,

Deutschland noch nicht an die Spitze aller Nationen vorgreift. Unentummt man die reich verzierte Arbeit, die steuerliche Belastung der einzelnen Staaten miteinander zu vergleichen, so ergibt sich wohl, daß auf dem einen oder anderen Gebiet manches Land höhere Steuern einträgt als unser liebes Vaterland. Rechnet man aber alles, was an direkten und indirekten Steuern, sonst an sonstigen allgemeinen Abgaben, die neue Wehrsteuer nicht zu vergessen, auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, genau zusammen, so findet man, daß auch in bezug auf diese Verhältnisse Deutschlands Industrie einen recht schweren Stand gegen seine Rivalen auf dem Weltmarkt innehat.

Leistung der Lebensmittel und Höhe der Metzpreise, schwierige Geldverhältnisse, eine bis aufs äußerste getriebene soziale Belastung, drückende Steuern und Abgaben, diese vier Punkte sind es, die in dieser Linie die Weltbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefährden.

Wir sehen: auch diese Eisensfürsten können einmal einen lichten Augenblick haben. Diese Einsicht schwindet aber sehr bald wieder. Wollen Sie wirklich zur Einsicht kommen, so müssen Sie sich selbst ihren verräderischen Spiegel vorhalten. Gerade die Herren aus der Großfeuerindustrie sind es mit gewissen, die im Bunde mit den Konserbiven und dem Zentrum dem arbeitenden Volke die Lebensmittel verteidigt haben. Die blügerischen Parteien haben sich noch immer gegenseitig in die Taschen gearbeitet auf Kosten der Arbeiter.

Die Herren aus der Großfeuerindustrie im Bunde mit dem Zentrum und den Konserbiven waren es weiter, die dem arbeitenden Volke durch die Geldbewilligungen für die fortgesetzte Vermehrung des deutschen Heeres immer neue Lasten auferlegt haben. Im Jahre 1909 jedoch bei der Reichsfinanzreform wurde sogar den Arbeitern von blügerlichen Abgeordneten empfohlen, sie sollten, wenn sie infolge der Reichsfinanzreform höhere Ausgaben hätten, Lohnforderungen stecken. Die Herren Unternehmer sind über selber darauf gutwillig eingegangen. Wenn trotzdem das Einkommen der Arbeiter in der Großfeuerindustrie etwas gestiegen ist, so liegt es nur an der größeren Anstrengung und der längeren Arbeitszeit. Aber trotz aller Belastung haben die Herren aus der Großfeuerindustrie durchaus kein Recht zum Klagen.

Geradezu riesige Gewinne sind ihnen im letzten Geschäftsjahre wieder in den Schoß gefallen. Es erzielten zwölf der größten Unternehmen in der Großfeuerindustrie folgende Gewinne:

Firmen	Stohgewinn	Gesamtgewinn	Stein-	Zahlungen an Vorstand		Sint-	Gesamt-		
				schreibungen	gewinn	und Auf-	sichtsrat	bende	proz.
Gruppe				36 600 000,-		—	14		
Spähn	48796 982,49	12 987 848,88	32 183 432,61	231 957,34	18				
Großfeuerungshütte	24 566 106,82	9 017 071,26	9 513 111,53	—	20				
Höflich	13 102 639,27	4 562 434,03	8 962 056,73	45 456,42	24				
Böhmischer Verein	8916 582,37	2 497 236,44	6 419 345,93	—	14				
Wandsbacher Hüttenw. . . .	15 672 946,78	3 916 161,83	8 912 908,87	225 806,45	15				
Mannesmann	15 888 899,50	2 857 374,13	9 837 150,50	235 800,-	13 1/2				
Ber. Königs- u. Laur. Berg-	13 229 135,08	6 500 804,65	4 654 057,80	107 067,20	8				
Deutsch.-Bayer. Berg-	32 431 132,37	16 113 222,67	13 343 968,84	457 568,84	16				
Ber. Hüttenw. Buchach	15 652 091,19	7 676 659,53	6 559 867,85	840 925,61	*				
Sudetische Eisenwerk	5 609 743,19	2 088 267,77	1 540 000,-	217 234,-	7				
Gesamtwert [198787961,06] 66 146 181,18 [138414256,78] 484 015,88									

* Als Rüstungs- so auf den Gesamtgewinn.

Von einer Notlage kann bei derartigen Gewinnen keine Rede sein. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Großfeuerindustrie nach solchen Jahren nicht mehr in der Lage sein werde, ihre Konkurrenz standzuhalten. Es kommt noch hinzu, daß besonders in der Großfeuerindustrie durch die Verstärkung der Technik die Produktion fast ganz gewaltig steigerte, dabei aber immer weniger Arbeit gebracht werden. In dem Buche "Deutschlands Volkswirtschaft" von Dr. Helfferich finden wir weiter das folgende:

Die Herstellung von Rohstoffen entwidelt sich folgendermaßen:

Jahre	Rohstoffen in Betrieb	Rohstoffen in Betrieb	Rohstoffen in Betrieb	Gesamterzeugung von Rohstoffen in 1000 Tonnen		Rohstoffen in Betrieb
				1900	1901	
1887	212	21 492	12 857	4 024	168,4	
1911	313	47 546	45 093	15 574*	867,9	
Gesamtwert in Proz. . . .	45,5	121,5	275,8	287,0	421,6	

* Im Jahre 1912 betrug die Rohstoffenerzeugung 17 853 000 Tonnen.

Während also die Belegschaft um 121,5 Prozent zugenommen hat, ist die Rohstoffenerzeugung um 287 Prozent und der Wert um 421,6 Prozent gestiegen. Die Weltproduktion von Rohstoffen beträgt heute zirka 75 Millionen Tonnen, wovon auf Deutschland eine ein Viertel entfällt. Angesichts einer derartigen für die Unternehmer günstigen Entwicklung sollten sich diese doch schämen, von einer sozialen Belastung der Industrie zu reden. Millionen über Millionen sind den Unternehmern abgeschafft, während die Arbeiter mit wenigen Brocken abgespeist wurden.

Seine Einführung der Arbeitszeitersparnis brachten sich diese Leute mit Händen und Füßen. Hat der Schreiter seine Spalte gelassen, so mag er sehen wie er fertig wird. Die Herren der Großfeuerindustrie wären ja schließlich vielleicht für die Einführung der Ar-

beitslosenversicherung zu haben, wenn — ja wenn — die so viel gerühmte Freiheitlichkeit aufgehoben würde, damit — wie der Herr Dr. Hoff auf dem letzten Eisenkongress erklärte — wenn auf einer Stelle Arbeitkräfte überflüssig wären, sie dahin abgeschoben werden könnten, wo ein Arbeitermangel vorhanden ist. Die Freiheitlichkeit ist diesen nationalliberalen Maulwuppen schon lange ein Dorn im Auge. Hoffentlich ziehen die Arbeiter ihre Scheren daraus.

Erläuterung bedarf es deshalb bezüglich dieser Art der Zusammenstellung nicht.

Berufe	1891	1901	1912	mehr als 1901 absolut in Proz.
Drahtarbeiter ic. . . .	217	527	2 488	2221 1023,5
Dreher ic. . . .	2028	12 481	58 512	51 489 2532,7
Elektromonteur	—	—	10046	10046 —
Feilenhauer	1188	1082	2848	1210 106,3
Füller	880	2898	8310	7980 2418,2
Heizer und Waschmänner	100	379	3711	2611 2611,0
Hochfösen- u. Hüttenarbeiter	—	—	2386	2386 —
Kupferschmiede	177	148	750	573 323,7
Mechaniker ic. . . .	723	3851	21 940	21 217 2984,6
Metallarbeiter	226	1072	2793	2567 1135,8
Metallschleifer ic. . . .	—	2577	14 902	14 902 —
Nadelarbeiter ic. . . .	—	786	1 650	1 650 —
Opt. Industriearbeiter ic. . . .	—	489	1 791	1 791 —
Schläger ic. . . .	658	1 755	2098	1 435 218,1
Schlosser ic. . . .	8605	29 918	143 601	136 096 1588,4
Walzwerksarbeiter	—	—	3865	3865 —
Werftarbeiter ic. . . .	—	1528	7614	7614 —
Arbeiterinnen aller Art	380	2480	27 878	27 546 8347,3
Zinngießer ic. . . .	69	281	468	399 573,3
Former ic. zusammen	8828	11 088	56 606	47 288 1422,9
Holzarbeiter	77	1358	{ 8782 } 12 003	15 558,8
Graveure	77	1358	12 080	12 080 15 558,8
Goldschmiede u. Grav. zusamm.	77	1358	31 983	1056,9
Klemmpner ic. . . .	8026	{ 8983 } 1526	8 011	8 011 1056,9
Installateure ic. . . .	—	10509	35 000	31 983 1056,9
Klemppn. u. Install. zusamm.	8026	10509	35 000	31 983 1056,9
Kesselschmiede ic. . . .	282	1 466	9 798	9 511 8872,7
Messerschmiede	774	4550	{ 987 } 31 488	31 488 4002,5
Schmiede	—	1058	6018	42 248 41 167 8900,8
Schmiedarbeiter ic. . . .	5791	10 910	10 520	10 8971 7942,8
Gesamtzahlen	23 803	10 2905	56 1547	53 9244 2809,8
Durchschnitt d. eins.	1115	4116	18114	16 099 1524,6
Berufsguppen	16	98	5 285	5 269 3274,7
Nichtmetallarb. ic. zus.	16	800	5 285	5 269 3274,7

Die Tabelle spiegelt die bekannte einzigartige Entwicklung des Verbandes wider, an der mit geringen Ausnahmen alle Berufsguppen beteiligt sind. Bei der absoluten Zunahme fallen die großen Zahlen der Dreher, Mechaniker, Metallarbeiter, Schlosser, Arbeiterinnen, der ungeliebten und angelernten Metallarbeiter, der Metallschleifer ic. Am niedrigsten ist die absolute Zunahme bei den Zinngießern und den Kupferschmieden, die prozentuale bei den Feilenhauern und den Schlägern.

Es ist natürlich schon aus räumlichen Gründen nicht möglich, an dieser Stelle die Gesamtentwicklung der Berufsguppen durch eine vollständige Wiedergabe aller Jahresergebnisse zur Ansichtung zu bringen. Die Grundlage für die statistische Bearbeitung bilden deshalb die Zählungsergebnisse der Jahre 1891, 1901 und 1912.

Rätselhaft ist die Mitgliederentwicklung der einzelnen Berufe leider nicht ausreichend oder so, daß die Jahre 1891 gleichbedeutend mit der niedrigsten und 1912 mit der höchsten Mitgliederzahl wären. Bei 18 Gruppen trifft dies zwar zu, doch sind auch hier in einzelnen Jahren rückläufige Bewegungen eingetreten. Aus folgender Tabelle ist ersichtlich, in welchen Jahren in den 13 nachstehend namentlich aufgeführten Gruppen die Mitgliederzahl am niedrigsten und am höchsten war:

Berufe	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901</
--------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	--------

Berufe	1901 wiedr. als 1901 absolut in Proz.	1912 wiedr. als 1901 absolut in Proz.
Arbeiterinnen	2130 645,45	25416 1083,17
Former, Gießer &c	7765 238,67	39518 856,40
Goldarbeiter, Graveure	1276 1757,14	10727 7928,30
Klempner	7458 247,29	18015 200,99
Montatuteure	— 6485	424,96
Kesselschmiede	1184 419,86	8927 568,01
Schmiede, Messerschmiede	3778 489,11	27898 612,87
Sonstige Metallarbeiter	9601 739,46	94370 864,98
Nichtmetallarbeiter	784 490,00	4485 560,62

¹ Bei den Felsenhauern und Kupferschmieden war von 1891 auf 1901 ein Rückgang um die angeführten Zahlen eingetreten.

Während die Gesamtzahlnahme in der zweiten Hälfte der Periode 1891/1912 absolut eine ganz gewaltig größere ist — 458 612 gegen 79 602 —, haben zwei Berufe (Schläger und Zinngießer) absolut und prozentual eine geringere Zählung gegenüber der Periode 1891/1901. In der ersten Periode ergibt sich sogar die merkwürdige Tatsache, daß die Felsenhauer und die Kupferschmiede nach zehn Jahren um 56 — 4,92 und 29 — 16,38 Prozent weniger Mitglieder zählen. Ist auch die absolute Entwicklung abgesehen von den beiden Ausnahmen, in der zweiten Hälfte um ein Vielfaches höher, so zeigt die Steigerung nach den Verhältniszahlen bei einer Reihe Gruppen eine umgekehrte Entwicklung. Ganz besonders bemerkenswert sind die Zahlen dafür bei den Gruppen der Dreher, Gütler, Metalldrücker, Metallschleifer &c.

Weitere recht interessante Zahlen enthält die letzte Tabelle, die den prozentualen Anteil der Berufsgruppen an der Gesamtmitgliedschaft in den Jahren 1891, 1901, 1912 wiedergibt.

Der prozentuale Anteil der Berufe an der Gesamtmitgliederzahl betrug im Jahre:

Berufe	1891	1901	1912
Drahtarbeiter	0,39	0,56	0,45
Dreher	8,68	12,08	9,53
Elektrolosteure	—	—	1,79
Felsenhauer	4,88	1,05	0,42
Gütler	1,42	2,82	1,48
Heizer, Maschinisten	0,43	0,37	0,48
Hochföhren u. Hüttenarbeiter	—	—	0,42
Kupferschmiede	0,76	0,14	0,13
Mechaniker	3,10	3,74	3,91
Metalldrücker	0,97	1,04	0,50
Metallschleifer	—	2,50	2,65
Nadelarbeiter	—	0,76	0,29
Optische Industriearbeiter	—	0,43	0,32
Schläger	2,82	1,71	0,38
Schlosser	36,50	29,07	23,57
Walschmutterarbeiter	—	—	0,69
Werktarbeiter	—	1,48	1,86
Zinngießer	0,30	0,27	0,08
Arbeiterinnen	1,42	2,39	4,96
Former	12,47	—	5,68
Gießereihilfsarbeiter	—	—	2,71
Geh., Notgiesser	1,79	—	0,61
Former &c. zusammen	14,26	10,78	9,00
Goldarbeiter	0,33	1,32	1,55
Graveure	—	—	0,60
Kesselschmiede	1,21	1,42	1,74
Messerschmiede	3,32	4,42	0,18
Schmiede	—	—	5,60
Klempner	12,98	8,73	4,81
Montatuteure	—	1,48	1,43
Hüfssarbeiter	2,48	—	—
Sonstige Metallarbeiter	3,13	10,60	18,75
Modellschleifer	0,07	0,10	—
Nichtmetallarbeiter	—	0,68	0,94
Zusammen	100,00	100,00	100,00

Die Tabelle zeigt, daß sich der prozentuale Anteil der einzelnen Berufe an der Gesamtmitgliedschaft mit der Zeit sehr verändert hat. So ging zum Beispiel der Anteil der Gruppe der Schlosser von 1891 bis 1912 von 36,50 auf 23,57 Prozent zurück, der Anteil der Sonstigen Metallarbeiter stieg von 2,48 auf 18,75 Prozent. Zurück ging ferner der prozentuale Anteil an der Gesamtmitgliedschaft bei den Gruppen der Former, Klempner, Schläger, Felsenhauer &c., während Steigerungen erfahren haben die Goldarbeiter, Schmiede, Arbeiterinnen &c. Dagegen war bei anderen Gruppen der Anteil an der Gesamtmitgliedschaft im Jahre 1901 am höchsten.

Arbeiterfeindlichkeit der „Christen“.

Von den frommen Führern der „christlichen“ Gewerkschaften und der Zentrumspartei haben in den letzten Wochen zwei typische Gestalten von der berühmten „arbeiterfeindlichen“ Geistigkeit der Zentrumsschriften Zeugnis abgelegt. Es sind dies der Zentrumssabgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer Johannes Giesberts und der Zentrumssabgeordnete und dielschwärmende Politiker Matthias Erzberger. Beide gänzende Säulein unter den ihrigen. Wenn sie etwas sagen, dann lauscht die zentrumsgläubige Welt auf, als höre sie das Wort des Erlösers selbst.

Austrittsöffnung liegenden Förderschalen verschenken, die das Entwischen der Nadeln aus dem Trichter erleichtern sollen. Gegenüber den bisher bekannten Einrichtungen dieser Art, bei denen die Förderschalen stets in der gleichen Richtung umlaufen, zeichnet sich die hier interessierende Erfindung dadurch aus, daß die Förderschalen abschweife um ihre Achse hin und her geschwenkt werden. Auf diese Weise wird erreicht, daß stets nur eine Drahtlänge zwischen die Nadeln und dem Boden der Bahn hindurchgeht, so daß die gleichzeitige Abgabe mehrerer Nadeln aus der Borrührung verhindert wird. Ein weiterer Vorteil der Ausbildung besteht darin, daß ein Feststellen der Nadeln in der Austrittsöffnung verhindert wird.

Das Merkmal einer „Nichtmaschine für Nähmaschinennadeln“ (263 884, The Singer-Manufactury Company in Elizabeth) mit einem auf die umlaufende Nadel schlagenden Hammer besteht darin, daß der Hammer zwischen Nadelhalter und Widerlager schlägt, und daß während des Rüttelns das Ende der Nadelstange über das etwas tiefer als die untere Kante einer geraden Nadel liegende Widerlager hinausragt, um durch dieses Ende eine Regelvortrichtung für die Hammerbeschlagsstärke zu beeinflussen.

Schließlich sei eine Vortrichtung erwähnt, die von einem fort-

laufend in die Maschine geführten Drahtstrang stammt, die je einer Einzel- oder einer Doppellänge eines heraufzuhenden Stahlbübels entsprechen, abschneidet und durch den folgenden Drahtvortrichtung in einer Führung weiterbefordert, die den vordersten Bübel unmittelbar in eine Anspitzvortrichtung eintreten läßt. Die Anspitzvortrichtung besteht zweckmäßig aus einer Matrize und einem Stempel. Das mit vollem Drahtquerschnitt in die Matrize eintretende Arbeitsstück wird durch den Stempel mit einer angebrachten Spalte versehen, wobei das Matrize des Werkstücks sich zum Teil strect und in das an die Matrize anliegende Führungstricht — wenn auch oft nur um ein Geringes — zurückspringt wird. Um dies ohne Störungen und Schwierigkeiten bei Überall jeder Größe ausführen zu können, dient eine besondere Einrichtung. Es ist nämlich bei dieser Vortrichtung zum Einführen und Abschneiden von Drahtstücken bei Spülendrehen“ (263 885, Firm C. Schniedewind in Neuendorf) die vor dem Eingang des Führungsröhres für die abgetrennten Drahtstücke eingerichtete bewegliche Schniedrbude der Abschneidvorrichtung oberhalb ihrer den Draht führenden Bohrung abgesetzt, damit für die beim Umdrehen der Düsenspitzen eintretende Materialstreuung Raum geschaffen werde.

Da haben nun in den letzten Wochen zwei sehr wichtige Fragen das wirtschaftspolitische Leben Deutschlands bewegt: die Arbeitssicherung und das Koalitionsrecht. Die Arbeitslosenversicherung durch das Reich ist geradezu ein unabdingbares Bedürfnis geworden angesichts der Hunderttausende von Arbeitslosen, die der Kapitalismus in der jetzigen Krise auf die Straße geworfen hat. Laut hatte daher die Sozialdemokratie die Arbeitslosenversicherung vom Reich gefordert, und die freien Gewerkschaften schlossen sich dieser Forderung an. Da es sich um eine Frage handelt, die gewissermaßen das erste Gebot der christlichen Glaubenslehre darstellt, nämlich den Armen zu helfen, so in der äußersten Not zu unterstützen, so hätte man annehmen dürfen, die frommen Zentrumsschriften wären nach dem Beispiel des großen Nazareners leidenschaftlich für diese Forderung eingetreten. Aber bitte, kann keiner den frummen Christen etwas zu! Sie sind zurVerteidigung des kapitalistischen Arbeitssystems jederzeit freudig bereit, aber nicht zur Vindication von Recht und Ehre. So griff denn auch Matthias Erzberger bei dieser Gelegenheit in die Seiten seiner christlichen Hörer und entlockte ihr die echte Melodie eines schlechten Christen. Im Berliner Tag war es, am 11. November 1913, als er der staunenden Christenwelt vorwurzte, die Arbeitslosigkeit sei „ein gescheiterter und schwieriger, wenn nicht unüberwindbares Problem“. Sie schrie nicht nur das „Recht auf Arbeit“ in sich, sondern trete auch nur lokal und zeitweilig auf. Eine Art Influenza unseres Industrielebens sei die Arbeitslosigkeit; sie sei keine allgemeine Erscheinung, sondern eine Epizemie.

Demnach ist der Staatswirtschaft eine gewisse Arbeitslosigkeit kein Problem, sondern eine „schwierige, wenn nicht unüberwindbare“ Sache. Sie schreibt nicht nur das „Recht auf Arbeit“ in sich, sondern trete auch nur lokal und zeitweilig auf. Eine Art Influenza unseres Industrielebens sei die Arbeitslosigkeit; sie sei keine allgemeine Erscheinung, sondern eine Epizemie. Demnach ist der Staatswirtschaft eine gewisse Arbeitslosigkeit kein Problem, sondern eine „schwierige, wenn nicht unüberwindbare“ Sache. Sie schreibt nicht nur das „Recht auf Arbeit“ in sich, sondern trete auch nur lokal und zeitweilig auf. Eine Art Influenza unseres Industrielebens sei die Arbeitslosigkeit; sie sei keine allgemeine Erscheinung, sondern eine Epizemie.

Also ein „unlösbares Problem“, an dem das Schutzzollsystem nicht schuld ist, und das, wenn es dennoch gesetzlich gelöst würde, ein Eingreifen bedeute, „das letzte Ende zum Staatssozialismus führt“. So der Zentrumsschrift Erzberger. Für die Arbeitslosen, für die Not der Arbeiterfamilien hat er nur leere Worte, keine Taten. Bismarck rief den Reichstag 1884 von der Tribune des Reichstags zu: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gefund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist! — wenn Sie das tun und nicht über Staatssozialismus schreien, wenn der Staat etwas mehr Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glauben Sie, werden die Herren Sozialdemokraten ihre Vorherrschaft vergleichbar blähen.“ Erzberger schreit schon über Staatssozialismus, bevor die Arbeitslosenversicherung in die Nähe rückt. Das kennzeichnet die „christliche“ Gestaltung und Arbeiterfeindlichkeit im Zentrum durch und durch. Sie sorgen für Seelenheil, der Leib mag hungern und zugrunde gehen! Hier helfen Sie nicht. Es sind die würdigen Nachfolger des am Kreuze um die Not der Armen gestorbenen.

Und Herr Giesberts? Dieselbe Kaliber. Als das Unternehmertum lautete den gemeinsamen Ruf nach Arbeitswilligen-Schutzgesetz und gesetzlichem Verbot des Streikpostenstehens immer wieder ausstieß, da erwartete er sich ihrer und trat in der Kölnischen Volkszeitung für verschärfte Strafebestrafungen gegen die „Auswüchse des Koalitionsreiches“ ein. Das tat er unmittelbar nach dem dritten deutschen Arbeitersongress, der sich gegen eine Belehrung des Koalitionsrechtes erklärte! Herr Giesberts spießte auf diesem Kongress eine der ersten Geigen. Man weiß also nun, was von den Beschlüssen dieses Kongresses zu halten ist. Sie sind nur Augenpusz. Beim Koalitionsrecht handelt es sich, wenn man vom allgemeinen Wahlrecht absieht, um das wichtigste Recht des Arbeiters. Mit diesem Recht und durch dieses soll der Arbeiter sich ein menschenwürdiges Leben im Kampfe gegen die Kapitalistensklasse erlängen, und da hat dieser Zentrumsschrift, der nebenbei Führer der „christlichen“ Gewerkschaften ist, die Stütze gegen die Auswüchse des Koalitionsreiches anzutreten. Geradezu abfällig wirkt es daher, wenn Giesberts, um seine Haltung in dieser Frage zu verdeutlichen, davon spricht, daß die „christlichen“ Gewerkschaften „widernatürlich“ ergreifen würden, wenn die Gesetzgebung gar zu fest zu greifen sollte. Ganz richtig schäken die Industriellen diese Leistung ein, wenn sie in der Kölnischen Zeitung Hohn und Spott über diesen „christlichen“ Zentrumsgewerkschafter ausgießen. Dort heißt es nicht.

Wenn man von dem Vorbehalt im letzten Satz absieht (Das sind die „Abwehrmaßnahmen“ D. Red.), der offenbar nur gemacht ist, um sich für alle Fälle die Hand frei zu halten, darf der Reichskanzler mit dieser Aufnahme Friede schließen. Sie ist allerdings deshalb besonders freudlich, weil Herr Giesberts die partiturische Anwendung neuer Bestimmungen gegen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erläuterte. Das ist ganz selbstverständliche, und gerade von der national-liberalen Partei wissen wir, daß sie den Terrorismus von Arbeitgebern, die den Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu Organisationen Schwierigkeiten machen, gerade so verachtet, wie die Bedrohung Arbeitwilliger durch organisierte Arbeiter. Wenn deshalb die Anwendung des Reichskanzlers den nichtsozialdemokratischen Arbeitern die Gewissheit gebracht hat, daß es sich nicht um eine Belehrung des Koalitionsrechtes handelt, sondern um eine Abstufung schwerpunktender Maßnahmen, so lösse ich mir mit Sicherheit nicht darüber streiten, daß der Kanzler mit dieser Anwendung die beiden Seelen wohlauf natürlich auch dann in ihren Mannesbrüsten, wenn sie in die Versammlungen der „christlichen“ Gewerkschaften gehen und dort „unabhängig“ abstimmen!

Die Präsidialen versprachen ihrem Bischof, in der geforderten Richtung tüchtig zu arbeiten und möglichst Personalunion zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen herzustellen! Eine Stärkung wird dies für die „Geduldeten“ sicherlich bedeuten, denn mancher, der mehr oder weniger sonst Rippenlöste bekommt, wird auch in Zukunft die dem Glauben angehörigen drohenden Gefahren nicht so hoch anschlagen und eher verzögert auch den „christlichen“ Gewerkschaften davonlaufen, ehe er sich in die konfessionellen Vereine versetzen läßt. Das hilft aber nicht! Die 300 000 Zentrumsschriften sollen parieren, mögen sie auch nebenher nur noch toller von ihrer Unabhängigkeit fabrizieren. Und wir hören ja schon seit Jahren, daß die Orthodoxen „gehorsame Katholiken“ sein wollen, die nur des Winkes der „allerhöchsten“ Stelle gewaltig sind. Also voran!

Fortschritt gibt es zweierlei „Geschäftsstellungen“ bei den katholisch-konfessionellen Arbeitervereinen, die Berlin-Trierer und die Köln-M.-Gladbacher.

christliche Gewerkschaften. Da wurde die Generalversammlung der Präsidialen Arbeiter- undnappenvereine der Erzbistüme Köln und ihr Verlauf behandelt. Der Bericht ist ein vortheillicher Beleg dafür, wie unabhängig „nach allen Richtungen hin“ die christlichen Gewerkschaften sind. Und da die in Frage kommenden Zeitungen die auf der Generalversammlung gehaltene Ansprache des Kölner Erzbischofs vor allem andern ans Licht halten, muß man daraus schließen, wie bitter notwendig es gehalten wurde, den „Schein der Unabhängigkeit“ aus der Welt zu schaffen. Doch sehen wir zu, was der Bischof seinen zentrumsschriftilichen Freunden sagte. Wir dichten nach dem Bericht der Zentrumsschrift in Dortmund Nr. 349 vom Samstag dem 20. Dezember dieses Jahres. Danach sprach der Erzbischof am 18. Dezember zu den erschienenen 200 Präsidialen katholischer Arbeitervereine von den „Rollen des Arbeiters“ und von der „Gerechtigkeit auf die Arbeitswelt“, die ja vielen Gefahren für den Glauben und die Sittlichkeit leitet“ ausgesetzt seien. Weiter hieß es:

„Meine lieben verehrten Herren! Sie leiten die Arbeitervereine im Namen und Auftrag der Kirche, die ihnen für die Vertretung eine besondere Sendung gibt. Darum folgt, daß Sie die Arbeitervereine auch im Geiste und nach den Vorschriften, nach den Ausführungen und Weisungen unserer heiligen Kirche leiten müssen. Und ich bin sehr überzeugt, daß Sie alle diesen Willen haben. Ein bestimmtes Gebiet der kirchlichen Anschauungen hat der Heilige Vater berührt in der Enzyklika Singulari quidam durch die wirtschaftliche Etablierung des Arbeiterstandes auf konfessionellen Grundlage bevorzugt. Allein im Westen Deutschlands sind einmal die Arbeiter interkonfessionell organisiert und wir würden die größte Verwirrung anrichten, wenn wir gegen diejenigen tatsächlichen Besitztum antraten. Darum hat der Heilige Vater ausdrücklich gestattet, daß die katholischen Arbeiter interkonfessionelle Vereinigungen beitreten können, und gegenüber der Zentrale, die 800 000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben wir die Pflicht, unter unsrer Vereinigung die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen.“

Daraus geht schon wieder deutlich hervor, daß die „christlichen“ Gewerkschaften vom Papst nicht geduldet und nicht erlaubt werden, in einer größeren Masse katholischer Arbeiter zu bestehen. Daraus folgt, daß die katholischen Arbeitervereine angehören. Aus dem Jahresbericht der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, der mir gestern vorgelegt wurde, und den ich eingehend durchgesehen und mit großer Freude gelesen habe, habe ich entnommen, daß 203 000 katholische Arbeiter unserer Arbeitervereine angehören und daß unter diesen 203 000 53 000 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind. Wenn wir nun bedenken, daß 300 000 katholische Arbeiter den christlichen Gewerkschaften angehören, und wenn wir davon auf den Süden und

wichtiger erscheint uns die Zusammentragung des Materials und die rechtsschützende Stellung gegen alle verfehlten Urteile. Daraus hat es bis jetzt aber vielfach gefehlt, sei es, daß der Sache nicht die erforderliche Bedeutung beigelegt wurde oder Zeit und Raum in der Presse fehlten.

Ein eigenartiges Urteil füllte vor einiger Zeit das Gewerbe-gericht Stuttgart, ein Urteil, das verdient, weiteren Kreisen als Schulbeispiel dafür bekannt gemacht zu werden, wie nicht geurteilt werden darf. Das Gewerbege richt wies die Klage auf rückständigen Lohn, die einzige Bauarbeiter einreichten, ob verurteilte die Kläger auf Widerlage aber zu einer Entschädigung, und zwar nach folgendem Sachverhalt: Ein Tarifvertrag des Bauarbeiterverbandes enthält die Klausel, daß die Vertragsparteien abweichende Bestimmungen mit anderen Organisationen, einzelnen Unternehmern oder einzelnen Arbeitern nicht treffen dürfen. Der Vertrag ist zwischen dem Bauarbeiterverband und der Zwangszinnung der Eisener und Stahlwaren abgeschlossen mit Wirkung vom 1. April 1913 an. Im April meldeten sich nun bei der Firma R. einige Arbeiter, die mit dem Betreuer eingestellt wurden, daß sie nach den Bedingungen des alten Tarifs eintreten könnten. Nach kurzer Bedenke traten die Arbeiter die Arbeit ohne jede Bemerkung an und arbeiteten einige Tage 9½ Stunden, wie nach dem alten Tarif. Am 24. April legten sie sich 9 Uhr die Arbeit nieder und verlangten die drei Stunden auf Grund des neuen Tarifs, der die jederzeitige Lösung des Arbeitsverhältnisses und sofortige Bezahlung des Lohnes vorschreibt, bezahlt. Der Unternehmer verweigerte die sofortige Bezahlung, er rückte sich auf den alten Tarif, wonach das Arbeitsverhältnis von jedem Teile ohne Rücksicht gelöst werden kann, doch mit der Maßgabe, daß der Tag eine Arbeitseinheit bildet. — Das Urteil des Gewerbegerichts lautete auf Verurteilung des Bellagten zur Zahlung von je 2,07 M. an die Kläger und auf Bezahlung von je 2,28 M. Schadeneratz der Kläger an den Bellagten. Gründe:

Es kann doch bestehen bleiben, ob der Tarifvertrag vom 28. März 1913 für die Gipserinnung rechtsverbindlich ist, ob der Vorstand der Innung zum Abschluß des Tarifvertrages Vollmacht hatte. Nach der herrschenden Ansicht und auch nach der ständigen Rechtsprechung des Gewerbegerichts Stuttgart schließt ein Tarifvertrag, auch wenn er, wie der vorliegende, die ausdrückliche Bestimmung enthält, daß Arbeitsordnungen oder sonstige Vereinbarungen dem Tarifvertrag nicht widerstehen dürfen und daß die Vertragsparteien abweichende Bestimmungen mit einzelnen Arbeitern nicht treffen dürfen, nicht aus, daß Arbeitgeber oder Arbeitnehmer rechtsverbindliche Sondervereinbarungen treffen und tarifwidrige Einzelarbeitsverträge rechtsgültig und in allen Teilen laßbar abschließen. Eine die Unabdingbarkeit der Tarifverträge festlegende Gesetzesbestimmung, ähnlich wie Art. 323 des Schweizer Obligationenrechts, fehlt im deutschen Recht. Auch hat sich eine Unabdingbarkeit der Tarifverträge festlegendes Gewohnheitsrecht in Deutschland nicht gebildet. — Da nun die Kläger auf die Bemerkung des F. R., daß er sie auf Grund des alten Tarifvertrages einstelle, ohne Widerspruch zu erheben, die Arbeit angetreten haben, und da nach Treu und Glauben in diesem ihrem Verhalten eine Zustimmung zu der Erklärung der Gegenpartei zu erblicken ist, ist für das Arbeitsverhältnis der beiden Parteien der alte Tarifvertrag maßgebend. — Die Kläger sind daher dadurch, daß sie am 24. April vormittags 9 Uhr die Arbeit niedergelegt haben, vertragsbrüchig geworden, sie hätten erst abends austreten dürfen. Dieser Vertragsbruch der Kläger enthebt die Bellagte jedoch nicht der Verpflichtung, die von den Klägern am 24. April tatsächlich geleisteten drei Arbeitsstunden mit je 2,07 M. zu bezahlen, er macht die Kläger lediglich ertragspflichtig, falls der Bellagte ein Schaden erwachsen ist oder sonst an den Vertragsbruch Rechtsfolgen geltägt.

R. d.

Päpstliche Enzyklika und christliche Gewerkschaften vor Gericht.

Am Freitag am 12. Dezember 1913 begann vor dem Schöffengericht Köln der Beleidigungsprozeß, den der Generalsekretär Stegerwald der christlichen Gewerkschaften mit auf seine Gesellen gegen Redakteur Joseph Antonius und Geschäftsführer der Zeitung angebrachte hatten. Bei dem Urtage, den der Prozeß hatte — er dauerte drei Tage — kamen wir leider nur in geringster Stunde berichtet. Die Klage richtete sich gegen den Pfarrer Mühlens Stuttgart, den Verantwortlichen der evangelischen Zeitung Stuttgart, und gegen die Redakteure. Sie gaben den der Bergarbeiter-Zeitung in Bochum, Sollmann den der Sozialistischen Zeitung, Kieferl den der Sozialistischen Zeitung in Ludwigshafen, Peter von dem Hamberger Echo, Schödlitz von der Bielefelder Volkszeitung, Siegel von der Essener Arbeiter-Zeitung, Puchta von der Frankfurter Volksstimme in Sachsen, Dittler von der Frankfurter Volksfreund in Barsinghausen und gegen zwei Redakteure des Gewerkschaftsbüros. Stegerwald Dr. Schreiber (Köln) verteidigte die acht Vorwürfe der christlichen Gewerkschaften und den Generalsekretär Stegerwald. Den Angeklagten war verdeckt Rechtsanwalt Gründlitz, die anderen Angeklagten Wolfgang Heine (Berlin), 40 Jungen waren geladen. Die Vernehmung des Bischofs Schmitz stand bereits am Donnerstag in Baderborn statt und dauerte jetzt Stunden. Der Bischof Rommel-Zier war nicht erschienen, da die Zeitung nicht erschien. — Über die Begründung der Beleidigung klage sei folgendes mitgeteilt: Als die Erregung über die bekannte Gewerkschaftszeitung des Papstes innerhalb der christlichen Gewerkschaften auf höchste geprägte war und die Kirche und die christlichen Gewerkschaften um allgemeine Anstrengungen bemüht wurde, wurde von den „christlichen“ Gewerkschaften ein Kongress nach Köln einberufen, der im November 1912 tagte. Der erläuterte die christlichen Gewerkschaftsführer mit großem Nachdruck, daß durch die Gewerkschaftszeitung die Unabhängigkeit und die bisherige Arbeit der Gewerkschaftsbeamten auf christlichen Grundlage nicht geprägt werde. Es habe dies beim dies. In den Besitztümern Janss und Barthberg war alles eher in der katholischen „Arbeiter-Zeitung“ und wurde über bald darauf gegen die christlichen Führer der Bauarbeiter erichtet, so hätten ein freibekanntes Doppelspiel geübt, möglich sei das Arbeit mit großen Werten über die Gewerkschaften gestrichen, hätten sie im geheimen schon den Bischof bestimmt die Konferenz gegeben, sowie sie in den entsprechenden Besitztümern der Besitztümern der Gewerkschaften unterhalten und den Papst unterdringen Schmieden gelassen. Auch wurde die Beleidigung erzeugt, die christlichen Ge-

werkschaften hätten beim Ruhrbergarbeiterstreit und bei der Reichsjugend in Bochum mit den rheinischen Schriftmachern unlautere Abmachungen getroffen. Diese Verschulden, die in immer neuen Wendungen auftauchten, wurden inhaltlich auch von der sozialdemokratischen Presse übernommen. Die intrikanten Artikel waren überschrieben: 1. „Die Unterwerfung der katholischen Gewerkschaftsführer unter den Willen Rom“ in der Wartburg; 2. „Die konfessionelle Seele an der Ketten Rom“ in der Bergarbeiter-Zeitung; 3. „Der clerikale Gewerkschaftsstreit und ein bestätigendes Dementi“ in der Rheinischen Zeitung. Außerdem kamen noch einige Artikel in Frage.

Zunächst verlos der Vorsitzende eine allgemeine Sachdarstellung,

worin er auf den langjährigen Streit zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen einging.

Herr M. legte in seiner Vernehmung dar, daß die Wartburg immer auf der Seite der christlichen Gewerkschaften gestanden habe. Als aber in der katholischen Presse und in der Münchener Zeitung Faust die Enthüllungen erschienen, habe er es für seine Pflicht gehalten, im Interesse der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften davon Notiz zu nehmen. Es habe dann einen Briefwechsel mit Stegerwald gegeben, er habe ihm mitgeteilt, daß er nichts lieber sähe, als wenn die christlichen Gewerkschaften die Vorwürfe entkräften könnten. Er würde dann schon eine Verichtigung bringen. Er mägt kurz und sachlich mitteln, wie die Sache stände. Stegerwald habe aber zunächst nichts von sich hören lassen. Er (M.) habe schließlich die Streitpunkte in eine Reihe von Thesen zusammengefaßt, um eine gerichtliche Auseinandersetzung herbeizuführen.

Der Angeklagte Wagner von der Bergarbeiter-Zeitung schätzte den Kampf, den die „christlichen“ gegen den Bergarbeiterverband führt. Im Jahre 1911 suchte der alte Bergarbeiterverband mit den „christlichen“ eine Arbeitsgemeinschaft anzubauen, was aber von ihnen abgelehnt wurde. Da sie sich erst außerordentlich radikal gebündelt hatten, war uns das einfach unerlässlich. Wir fragten uns, was mag da wohl hinter den Kulten vorgegangen sein? Auch bei dem Streit im Jahre 1912 war ihre Stellung unerlässlich. Die Konjunktur war so günstig für einen Streit, wie sie noch nie gewesen war. Der Vorwurf des Doppelspiels war berechtigt. Die christlichen Gewerkschaften gehörten sich früher sehr radical, später fröhlich mit. Das aber hatte nun auf einmal die Enzyklika verboten. Das Eintreten für den nationalliberalen Kandidaten Heddmann in Bochum war nicht von dem Gewerkschaftsprinzipien bestimmt. Heddmann tritt für einen vermehrten Arbeitswilligen für sich ein, während die christlichen Gewerkschaften dagegen sind. Die Artikel des Faust und der Berliner Volkszeitung, die in den unter Anklage stehenden Enthüllungen wiedergegeben sind, müßten also das lebhafte Interesse wachrufen und kein Arbeitsblatt konnte darüber hinweggehen. — Die übrigen Redakteure gaben ähnliche Erklärungen ab und nahmen den Schutz des § 193 für sich in Anspruch. — Rechtsanwalt Heine prüfte die abgegebenen Erklärungen. Im Jahre 1911 hatten die Jungen eine Erhöhung ihrer Einnahmen von 60 bis 70 Prozent zu verzeichnen, während die Löhne der Bergarbeiter ungeachtet die gleichen geblieben waren. Der alte Verband der Bergarbeiter trat, nachdem alle Mittel, eine Erhöhung der Löhne und Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erreichen, gescheitert waren, in den Streit ein. Die „christlichen“ oder beginnenden Streitkämpfen. So, die Führer der Christlichen drohten schon damals, es bei der nächsten Tarifrevision der Bauarbeiter genau so zu machen. Aus alledem folgerten die freien Gewerkschaften, daß die christlichen Verbände sich heute mehr oder weniger als Schuttpartei des Zentrums und des Klerus fühlen. Auch die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur katholischen Kirche ist mit einer ernsthaften gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht verhinderbar. Strom steht auf dem Standpunkt: es gibt für die katholischen Arbeiter keine Gewerkschaftsbewegung. Eine Arbeiterbewegung, wie sie versteht und wie sie sie wollen, darf den Unternehmern nicht wehe tun. Der Arbeiter hat den Unternehmer nur zu bitten. Die christlichen Gewerkschaften liegen also tatsächlich praktisch an der Kette Rom. Ihr Verhältnis zur Kirche hindert sie an der Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder. Sie sind durch ihr Verhältnis zum römischen Stuhl nicht stark behindert, sie wissen auch gar nicht, ob nicht Rom bald die Südtiroler, die es den christlichen Gewerkschaften um die Seele gelegt hat, zu ziehen wird. Sie in den Artikeln aufgeworfene Frage, ob die christlichen Gewerkschaften für die Umsetzung des Streitkampfes im Ruhrrevier und für die Herbeiführung der Wahl des nationalliberalen Kandidaten Heddmann in Bochum einen Zuspruch empfangen haben, ist so aufzufassen, daß die christlichen Gewerkschaften ihr Verhalten bei diesen Gelegenheiten zweitelles materielle Vorteile gehabt haben.

Stegerwald führt aus: Er befürte einen launalen Zusammenhang zwischen den Vorwürfem im Ruhrrevier und der Enzyklika. Allerdings sei die Lage so gewesen, daß Vorwürfungen heraus und minder auch die Bedeutung des Gewerbegerichts als gewerbliche Einigungsumter. Denn es ist sicherlich ein erhebliches Gewissen für die Gewerkschaften, wenn die vor den Gewerbegerichten geschlossenen Tarifverträge nachher vom gleichen Gericht für abdingbar, das heißt für vertrös erklärt werden.

R. d.

Nach dieser Entscheidung wurde der alte Tarif, dessen Gültigkeit dauer nur bis zum 31. März 1913 ging, rechtswidrig und entgegen der Abmachung der Vertragsparteien noch als bestehend angenommen, zugleich aber die Abdingbarkeit der Tarifverträge naßdrücklich bestont. In einer Zeitungspolemik konnte der Vorstand des Gerichts darauf verweisen, daß ja sehr viele Gewerbegerichte auf den Standpunkt stellen, daß Tarifverträge abdingbar, das heißt durch Sonderverträge durchbrochen werden können. Dieser Gang der Rechtsprechung ist tatsächlich vorhanden. Er ist aber höchst bedenklich, denn er setzt den Wert der Tarifverträge herab und mindert auch die Bedeutung des Gewerbegerichts als gewerbliche Einigungsumter. Denn es ist sicherlich ein erhebliches Gewissen für die Gewerkschaften, wenn die vor den Gewerbegerichten geschlossenen Tarifverträge nachher vom gleichen Gericht für abdingbar, das heißt für vertrös erklärt werden.

Am Freitag am 12. Dezember 1913 begann vor dem Schöffengericht Köln der Beleidigungsprozeß, den der Generalsekretär Stegerwald der christlichen Gewerkschaften mit auf seine Gesellen gegen Redakteur Joseph Antonius und Geschäftsführer der Zeitung angebrachte hatten. Bei dem Urtage, den der Prozeß hatte — er dauerte drei Tage — kamen wir leider nur in geringster Stunde berichtet. Die Klage richtete sich gegen den Pfarrer Mühlens Stuttgart, den Verantwortlichen der evangelischen Zeitung Stuttgart, und gegen die Redakteure. Sie gaben den der Bergarbeiter-Zeitung in Bochum, Sollmann den der Sozialistischen Zeitung, Kieferl den der Sozialistischen Zeitung in Ludwigshafen, Peter von dem Hamberger Echo, Schödlitz von der Bielefelder Volkszeitung, Siegel von der Essener Arbeiter-Zeitung, Puchta von der Frankfurter Volksstimme in Sachsen, Dittler von der Frankfurter Volksfreund in Barsinghausen und gegen zwei Redakteure des Gewerkschaftsbüros. Stegerwald Dr. Schreiber (Köln) verteidigte die acht Vorwürfe der christlichen Gewerkschaften und den Generalsekretär Stegerwald. Den Angeklagten war verdeckt Rechtsanwalt Gründlitz, die anderen Angeklagten Wolfgang Heine (Berlin), 40 Jungen waren geladen. Die Vernehmung des Bischofs Schmitz stand bereits am Donnerstag in Baderborn statt und dauerte jetzt Stunden. Der Bischof Rommel-Zier war nicht erschienen, da die Zeitung nicht erschien. — Über die Begründung der Beleidigung klage sei folgendes mitgeteilt: Als die Erregung über die bekannte Gewerkschaftszeitung des Papstes innerhalb der christlichen Gewerkschaften auf höchste geprägte war und die Kirche und die christlichen Gewerkschaften um allgemeine Anstrengungen bemüht wurde, wurde von den „christlichen“ Gewerkschaften ein Kongress nach Köln einberufen, der im November 1912 tagte. Der erläuterte die christlichen Gewerkschaftsführer mit großem Nachdruck, daß durch die Gewerkschaftszeitung die Unabhängigkeit und die bisherige Arbeit der Gewerkschaftsbeamten auf christlichen Grundlage nicht geprägt werde. Es habe dies beim dies. In den Besitztümern Janss und Barthberg war alles eher in der katholischen „Arbeiter-Zeitung“ und wurde über bald darauf gegen die christlichen Führer der Bauarbeiter erichtet, so hätten ein freibekanntes Doppelspiel geübt, möglich sei das Arbeit mit großen Werten über die Gewerkschaften gestrichen, hätten sie im geheimen schon den Bischof bestimmt die Konferenz gegeben, sowie sie in den entsprechenden Besitztümern der Gewerkschaften unterhalten und den Papst unterdringen Schmieden gelassen. Auch wurde die Beleidigung erzeugt, die christlichen Ge-

werkschaften hätten beim Ruhrbergarbeiterstreit und bei der Reichsjugend in Bochum mit den rheinischen Schriftmachern unlautere Abmachungen getroffen. Diese Verschulden, die in immer neuen Wendungen auftauchten, wurden inhaltlich auch von der sozialdemokratischen Presse übernommen. Die intrikanten Artikel waren überschrieben: 1. „Die Unterwerfung der katholischen Gewerkschaftsführer unter den Willen Rom“ in der Wartburg; 2. „Die konfessionelle Seele an der Ketten Rom“ in der Bergarbeiter-Zeitung; 3. „Der clerikale Gewerkschaftsstreit und ein bestätigendes Dementi“ in der Rheinischen Zeitung. Außerdem kamen noch einige Artikel in Frage.

Dr. Steuens (M.-Gladbach) vor Veröffentlichung mitgeteilt. Sie hatte den Amst. im katholischen Lager den Frieden herstellen; alle sollen freilich miteinander tödlich sein. — Vorsitzender: Hat Stegerwald sich der Enzyklika unterworfen? — Zeuge: Um die Frage, ob sich die Herren unterwerfen, hat es sich gar nicht gehandelt. — Vorsitzender: Ist von den wirtschaftlichen Nachteilen gesprochen worden? — Zeuge: Die Herren sagten: Von den Sozialdemokraten wird uns gesagt, daß uns der Boden unserer Existenz entzogen werde. Ich bestreite, daß dies möglich sei. In keiner Situation dürfe ein Katholik etwas tun, was dem kirchlichen Sittengesetz widerspräche. — Vorsitzender: Stand in der Enzyklika nicht mehr? — Zeuge: Von weiterem ist nicht die Rede gewesen. Wäre ich gefragt worden, so hätte ich jedenfalls geantwortet: Die christlichen Gewerkschaften sind wirtschaftlich frei. Diese Herren geben mir das Versprechen, die katholischen Facharbeiter nicht mehr zu bekämpfen, sondern sich nur zu wehren, wenn sie angegriffen würden.

Von den Klägern wird angegeben, die Verjährung habe Giesberts gegeben. Die Frage Stegerwalds, ob ein Zusammenhang besteht zwischen dem Ruhrstreit und der Enzyklika, erklärt der Zeuge nicht beantworten zu können. — Rechtsanwalt Gründlitz schüttelte: Hat eine Unterwerfung stattgefunden, in der sich die christlichen Führer schon vor ihrem Erscheinen den Prinzipien der Enzyklika unterworfen haben? — Der Zeuge verneint dies. — Rechtsanwalt Gründlitz schüttelte: Wie kommt es, daß römische Brüder am 2. Dezember 1912 die Herren Giesberts und Stegerwald als getreue und gehorsame Söhne der katholischen Kirche bezeichneten? In einem andern römischen Blatt heißt es, daß sie sich der Enzyklika unterworfen hätten. — Der Zeuge weiß darüber nichts. — Vorsitzender: Wie kommt es, wenn die katholischen Gewerkschaften die Enzyklika bezeichneten?

Der Frage des Rechtsanwalts Heine, ob er die Bestimmungen der Enzyklika, daß auch wirtschaftliche Fragen der Wohlhabigkeit der Kirche unterliegen, mißbillige, weicht der Zeuge aus. Er sei als Zeuge nicht als Sachverständiger geladen. Auf andere Fragen gibt er aber zu, daß Fälle vorkommen können, in denen kirchliche Beiträge wirtschaftlichen Aktionen einschreiten können und auch müssen. — Heine: Wenn ich jemand an Sie wendet und in einem Falle wirtschaftlicher Aktion Ihre Auslegung der Enzyklika fordert, was würden Sie dann tun?

Der Vertreter der Niedersläger protestiert gegen diese Frage, das Gericht läßt sie aber zu. — Heine: Wenn die christlichen Gewerkschaften in wirtschaftliche Kämpfe eintraten, hat die Kirche dann das Recht und die Pflicht, besondere Beobachtungen über diese Vorgänge anzustellen? — Der Zeuge beantwortet die Frage ungern und es entsteht eine längere Auseinandersetzung. Nach langem hin und her schließt die Vernehmung des Zeugen. Dieser faßt seinen Eindruck von der Enzyklika dahin zusammen: So oft Fragen über Dinge, die die Beobachtung spricht. Bei der Überzeugung habe ich die Hoffnung gewonnen, daß mit den Fragen nach Dauer und Preis der Arbeit nicht immer Fragen verbunden sind, die als liturgische zu gelten haben.

Die Vernehmung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Crimborn ergab, daß zu den Stichwahlen von 1912 Abmachungen mit den Nationalliberalen getroffen wurden; sie seien aber ordnungsmäßig zwischen den politischen Parteien erfolgt. Köln ist ausgeschaltet worden, und als hier die Stichwahl ungünstig verlief, war zu befürchten, daß infolge der Schüttung der Nationalliberalen die Abmachungen mit den Nationalsozialisten gefährdet schämen. Darauf erließ Crimborn eine Erklärung an die Centrumpartei, trotz allem die Nationalliberalen zu wählen. Sicherlich trug diese Erklärung viel dazu bei, daß die Nationalsozialisten gewählt haben. Sicherlich trug diese Erklärung viel dazu bei, daß die Gewerkschaften die Sozialdemokraten gewählt haben, aber von materiellen Dingen sei sie die Rede gewesen. Bei den christlichen Gewerkschaften mag die Neigung, die Sozialdemokratie kräftig zu schlagen, noch eine besondere Rolle gespielt haben.

In der Verhandlung am Samstagmorgen wurde der Reichstagsabgeordnete Giesberts vernehmen. Nach Veröffentlichung der Enzyklika beschloß man im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem einzuberuhenden Essener Kongress die Sache so darzulegen, daß die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften von der Enzyklika nicht berührt würden. Man hatte die Meinung, daß die katholischen Arbeiter von dem Beitrag in unserer Zeitung bestimmt nicht berührt werden, und als hier die Stichwahl verlor, war zu befürchten, daß infolge der Schüttung der Nationalsozialisten die Abmachungen mit den Nationalsozialisten gefährdet schämen. Darauf erließ Crimborn eine Erklärung an die Centrumpartei, trotz allem die Nationalsozialisten zu wählen. Sicherlich trug diese Erklärung viel dazu bei, daß die Nationalsozialisten gewählt haben. Sicherlich trug diese Erklärung viel dazu bei, daß die Gewerkschaften die Sozialdemokraten gewählt haben, aber von materiellen Dingen sei sie die Rede gewesen. Bei den christlichen Gewerkschaften mag die Neigung, die Sozialdemokratie kräftig zu schlagen, noch eine besondere Rolle gespielt haben.

In der Verhandlung am Samstagmorgen wurde der Reichstagsabgeordnete Giesberts vernehmen. Nach Veröffentlichung der Enzyklika beschloß man im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem einzuberuhenden Essener Kongress die Sache so darzulegen, daß die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften von der Enzyklika nicht berührt würden. Man hatte die Meinung, daß die katholischen Arbeiter von dem Beitrag in unserer Zeitung bestimmt nicht berührt werden, und als hier die Stichwahl bestimmt wurde, war zu befürchten, daß infolge der Schüttung der Nationalsozialisten die Abmachungen mit den Nationalsozialisten gefährdet schämen. Darauf erließ Crimborn eine Erklärung an die Centrumpartei, trotz allem die Nationalsozialisten zu wählen. Sicherlich trug diese Erklärung viel dazu bei, daß die Nationalsozialisten gewählt haben. Sicherlich trug diese Erklärung viel dazu bei, daß die Gewerkschaften die Sozialdemokraten gewählt haben, aber von materiellen Dingen sei sie die Rede gewesen. Bei den christlichen Gewerkschaften mag die Neigung, die Sozialdemokratie kräftig zu schlagen, noch eine besondere Rolle gespielt haben.

Der Vertreter der Niedersläger protestiert gegen diese Frage, die sie aber doch mit den christlichen Gewerkschaften verbinden will. — Vorsitzender: Wenn Sie sagten, wir lassen uns in unserer Sache nicht hineinreden, so hieß das doch: wir lassen uns von niemand hineinreden? — Der Zeuge gibt dies zu. — Vorsitzender: Sie mußten doch aber damit rechnen, daß nach dem Wortlaut der Enzyklika geistliche Obrigkeit in Ihren Angelegenheiten doch hineinredeten. — Zeuge: Die Enzyklika hatte es mit der Organisation als solcher nicht zu tun. Sie wandte sich nur an die katholischen Arbeiter. — Rechtsanwalt Gründlitz bestreitet, daß aber doch mit den christlichen Gewerkschaften verbinden will. — Giesberts sagt, daß sie gebüdet werden, daß dagegen die Nachstellungen empfohlen werden. War Ihnen denn das gleichgültig? — Giesberts: Ich habe den Wortlaut der Enzyklika nicht im Kopf. — Heine: Sie wird ihm von Heine in ihren wesentlichen Teilen vorgelesen. — Heine: Sie war also keineswegs freundlich und förmlich für Ihre Gewerkschaften. Hatten Sie keinen Anlaß, sich getroffen zu haben? (Siegestoß ausführlich über seine Aussage zu hören.) — Giesberts: Ich habe den Wortlaut der Enzyklika nicht im Kopf. — Heine: Sie wird ihm von Heine in ihren wesentlichen Teilen vorgelesen. — Heine: Sicherlich ist sie in der Enzyklika die Meinung vertraten, daß die Arbeitnehmer die Gewerkschaften dafür zu sorgen haben, daß ihre Mitglieder den katholischen Arbeitervereinen angehören und umgekehrt. Glauben Sie nun auch, daß auch die Berlin

Rede. — Der Zeuge weiß nichts. — Grundsätzlich: Wissen Sie, wie die Intervention der preußischen Regierung in Rom zugunsten der christlichen Gewerkschaften veranlaßt worden ist? — Zeuge: Kein. — Grundsätzlich: Haben Sie mit einem Staatssekretär oder einem Botschaftsgeordneten über die Sache gesprochen? — Zeuge: In der Fraktion ist die Rede davon gegeben. Spezielle Kenntnisse von Einzelheiten habe ich nicht. — Vorsitzender: Es wird dann gesagt, daß trotz Ihrer Versicherung in Essen, die Enzyklika berührt Sie nicht, sich Ihre Gewerkschaftspolitik ihr doch angepaßt hätte. — Der Zeuge bestreitet dies. — Vorsitzender: Ist seit dem Essener Kongress von der Gewerkschaft in Ihre Gewerkschaftspolitik eingegriffen worden? — Zeuge: Ich suchte die Regierung zu einer Intervention zu veranlassen. Den Streit selbst vertraten wir als aussichtslos. — Heine: Wenn Sie sagen, die Unternehmer wollten Lohnherhöhungen versprechen, so wissen Sie wohl nicht, daß die Pressemeldungen darüber am nächsten Tage wieder raus wurden? — Zeuge: Nein.

Der nächste Zeuge war der Gewerkschaftssekretär Eßerts vom christlichen Bergarbeiterverband. Er sagte aus, daß im Anschluß an die Enzyklika der Bischof von Trier ein Schreiben an die Dechanten richtete und auf den Kanzeln verlesen ließ, in dem ihnen zur Pflicht gemacht wurde, alles zu tun, um die Arbeiter während der Bewegung an der Saar vom Streik abzuhalten. — Heine: Hat der Bergknappe nicht dieses Schreiben schriftlich angegriffen? — Zeuge: Ja. — Heine: Und der Bergknappe ist dann wieder von katholischer Seite scharf angegriffen worden? — Zeuge bestätigt dies. — Heine: Und das Schreiben hatte die Wirkung, daß die christlichen Bergarbeiter von der Lohnbewegung im Saargebiet absprangen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. — Heine: Dann möchte ich Ihnen sagen, daß das Schreiben des Bischofs vom 28. Dezember 1912 datiert und daß am 4. Januar 1913 im Saarrevier ein Waffenstillstand geschlossen worden ist. — Zeuge: Ich habe jedenfalls erst später von dem Schreiben Kenntnis erhalten. — Heine weist dem Zeugen Irrtümer in seiner Aussage nach.

Der nächste Zeuge, Landtagsabgeordneter Simbusch, will sich nicht der Enzyklika unterworfen haben. Auch ihm ist nicht bekannt, wie die Intervention der preußischen Regierung zugunsten der christlichen Gewerkschaften veranlaßt hat. Der Zeuge bestreitet dann unter schweren Angriffen auf den Abgeordneten Hues die Vorgänge bei der letzten Reichstagswahl in Bochum, wo der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter für den Nationalliberalen eintrat. Hues hat die 30.000 Marz-Flugblattgesichte auf dem früheren Vorstehern Brust sitzen lassen. Allen Parteien gegenübersind wir neutral, aber wir sind Gegner der Sozialdemokratie. Hier gibt's keine Neutralität. Die Stimmung bei uns war: Hues muß fliegen unter allen Umständen. Davor haben wir uns schon bei der Hauptwahl bemüht, darin zu wirken, daß die Nationalliberalen in die Sicht wälzen. Nur so konnte Hues zu Fall gebracht werden. Auch in Wahlkreis Duisburg sollte noch unserem Wunsche ein Nationalliberaler an Stelle des Sozialdemokraten gewählt werden. Dafür habe ich persönlich gewirkt. — Heine: Dann hat also das Reichstagswahl ist geheim und ich stand nicht dabei, als die Leute wählten. (Heiterkeit.) Der Zeuge schildert dann, daß ein gegenseitiges Kommen und Gehen zwischen dem Gewerksverein und dem Sozialdemokraten stattgefunden habe. — Heine: Wissen Sie, daß die Bevölkerung in den Zeitungen gelesen haben? — Heine: Wissen Sie, daß die Vertrauensleute, die für Böttger und Heddmann agitierten, dadurch bezichtigt wurden, daß man ihnen eine Propaganda gemacht? — Zeuge: Ich weiß davon nichts, werde es aber wohl gelesen haben. — Auf die Frage des Rechtsanwalts Schröder, ob sich die christlichen Gewerkschaften gegen die Anwendung des Streitrechts festgelegt hätten, antwortet der Zeuge mit Nein.

Der Richter Siegerwald bemerkt noch, daß es der Sozialdemokratie gegenüber keine Neutralität gegeben, sonst bestände für die christlichen Gewerkschaften keine Eigenschaftsbestimmung.

In der Nachmittagsitzung am Samstag wurde der Kaufmann Röggendorf, der Geschäftsführer der Kölner Korrespondenz, vernommen. Er weiß nicht, ob sich die Gewerkschaftsführer der Enzyklika unterworfen haben, ist aber dieser Meinung, weil sonst die Bischoße hätten einschreiten müssen. Da aber diese nichts gegen die Gewerkschaften unternommen haben, so besteht die Annahme, daß die Herren alle Forderungen der Enzyklika erfüllt haben.

Dr. Kauffmann, der Leiter der Kölner Korrespondenz, sagt aus: Der Papst hat bestimmt, daß die katholischen Arbeiter nichts tun, was den katholischen Prinzipien widersieht. Auch verlangt er, daß sich die christlichen Gewerkschaften den katholischen Arbeitervereinen anschließen und daß die Bischofe dort überwachen. Hätten die Arbeiter dies nicht erfüllt, so wären die Bischoße zweifellos eingeschritten. Aus der Rede des Herrn Stegerwald vom 3. März 1912 ziehe ich die gleiche Schlusfolgerung. Man wird natürlich den christlichen Gewerkschaften eine positive Erklärung verlangt haben, aber man muß annehmen, daß sie mündlich Zusicherungen gegeben haben, die Bischoße beruhigen konnten. Diese werden ein wachsame Auge darauf haben, ob die Bedingungen der Enzyklika erfüllt werden. Auf Begegnung erlässt Kauffmann, es gibt im katholischen Deutschland zwei Streitpunkte: den Zentrumstreit und den Gewerkschaftstreit. Stegerwalds Reden lautet insofern anders bezeichnet, als eine Kapitulation der christlichen Gewerkschaften. In katholischen Kreisen wird der Standpunkt vertreten, daß die christlichen Gewerkschaften tatsächlich katholische Gewerkschaften sind. Ich glaube, daß die christlichen Gewerkschaften sich in der Streittheorie gemacht haben, daß sie in dieser Richtung gebunden worden sind. Sie stehen heute wohl auf dem Standpunkt, daß es dem katholischen Standpunkt mehr entspricht, wenn nicht mehr gestellt wird. — Vorsitzender: Schließen Sie aus den Worten, die sonst noch in Essen gefallen sind, nicht noch etwas anderes? — Zeuge: Nach der Erklärung des Herrn Stegerwald hatten diese schönen Worte für den Papst und die betroffenen Organe der Kirchen kein Gewicht mehr. — Über das Verhältnis der evangelischen Mitglieder gegenüber den christlichen Gewerkschaften bestätigt, sagt der Zeuge: Es ist theologisch unmöglich, daß evangelische und katholische Christen bei gewissen Aktionen, die die Sittengeize berühren, sich zu gemeinsamem Handeln vereinigen. Nur die Toleranz, die die evangelische Kirche charakterisiert, möchte nach einem Urteil ein Zusammenarbeiten der beiden Konfessionen in den sogenannten christlichen Gewerkschaften möglich. Und diese Gewerkschaften haben sich nach dem überwältigenden Urteil aller Kenner immer wieder nach dem gemeinsamen Urteil gestellt. Eine Stellung in dem Gewerkschaftstreit hat der Papst durch seine beiden Telegramme nach Berlin und Brüssel jenen Zweck ausgeschlossen.

Dr. Grunow: Da heute morgen die Schrift der von uns vorgelegten österreichischen Zeitungsausschnitte bestritten worden ist, beantragt ich die Verurteilung des Erzbischofs Kopp (Breslau) die österreichischen Führer gegen die Berliner Rollzeitung vorgegangen!

und des Editors Heinrich (Rom), Kardinal Mercier bel Wal (Rom), sowie des Redakteurs des Upià cattolica in Rom. Heinrich beantragt die Verlehung weiterer von ihm eingereichter Schriftstücke, da nur die Kenntnis der päpstlichen Kundgebungen im Zusammenhang über die durch die Enzyklika geschaffene Lage ein genaues Urteil zuläßt. Ebenso beantragt er die Vernehmung weiterer Zeugen. Unter anderem soll nachgewiesen werden, daß sich Herr Simbusch mit seiner vorhin geäußerten Meinung, von den Gründesthetern seien ohne Kampf Zugeständnisse zu erreichen, geradezu lächerlich gemacht hat.

Das Gericht lehnt diese Frage ab; es beschließt, Dr. Braun (M. Gladbach) und den Abgeordneten Hues zu vernehmen. Dann gibt Rechtsanwalt Grundsätzlich eine Erklärung für den Angeklagten Pfarrer Miz ab: Dieser habe seinen Artikel unter dem Eindruck dessen, was die Kölner Korrespondenz und andere katholischen Blätter geschrieben, verfaßt. Er habe sich nach dem Ergebnis der Bevölkerungsfrage entschlossen, seine Behauptung mit dem Ausbruch des Gedauers zurückzunehmen und den Klägern einen Beitrag von 50 M. zu den Prozeßkosten zu zahlen. Der Vertreter der Kläger zieht daraufhin den Strafantrag gegen den Pfarrer Miz zurück, so daß nunmehr gegen die sozialdemokratischen Redakteure allein verhandelt wird.

Am Giesberts wird die Frage gerichtet, welcher Art die guten Worte gewesen seien, die er nach Bekanntgabe der Enzyklika an Dr. Stegerwald gerichtet habe. "Ich habe gesagt: Wir werden versuchen, der Sache eine gute Seite abzuziehen."

Dr. Brauns, der Direktor des Münchener Gladbacher Büros und des Katholischen Volksvereins, hat nicht die Auffassung, daß sich Stegerwald unterworfen habe. Eine Wendung der Politik der christlichen Gewerkschaften ist nach seiner Meinung ausgegeschlossen. — Sehr lange dauerte dann die Vernehmung des Landtagsabgeordneten Hues, der eingehend Dinge aus der Bergarbeiterbewegung berichtet. Wir wandten uns im Herbst 1910 an den Gewerksverein wegen Errichtung gemeinsamer Lohnforderungen. Der christliche Gewerksverein lehnte ein Zusammengehen ab, im Gegenzug zu seiner Haftung 1905. Auf einer Konferenz in Oberhausen am 12. Oktober 1910, an der auch der christliche Gewerksverein teilnahm, machte der Kollege Schmidt vom Hirsch-Dunderischen Gewerksverein den Vorschlag, nochmals einen Antrag auf Lohnherhöhung an die Unternehmer zu richten. Da lachte ihn Imbusch aus und sagte, ob er denn glaube, daß dies einen Zweck habe. Man entschloß sich schließlich, mit Rücksicht auf die Reichstagswohnen, die Bewegung zu vertagen, damit nicht gesagt werde, man wollte unter dem Streik Mahlgeschäfte machen. Hues erzählte dann die Vorgeschichte des Streiks von 1912 bis zum Erstarken der Notiz der Heiniisch-Westfälischen Zeitung, die gegenwärtig nicht mehr bestehen kann, was man nicht besser tun kann als durch, daß man sie auf die Sozialdemokratie stützt, was zugleich den Beifall der Regierung und des Unternehmers sichert. Die christlichen Gewerkschaften müssen den Radikalismus ablegen, weil man den einflussreichen Vertretern der Berliner Richtung, die mit hohen und höchsten Herren zu Thilz sitzen, nicht Gelegenheit geben will, ihren Gegenüber gegenüber die christlichen Gewerkschaften als Umstürzer hinzustellen. Darum Arbeitssättigung beim Bergarbeiterausland, darum die Befreiung Hues aus dem Bochumer Reichstagssmandat. Aus all diesen Gründen waren meine Kläger berechtigt, den christlichen den gewerkschaftlichen Charakter abzusprechen und ihnen beim Bergarbeiterstreit Arbeiterrat vorzuwerfen. Ich kann nicht leugnen, daß meine Kläger sich zum Teil der Beleidigung schuldig gemacht haben, doch steht ihnen der Anspruch auf Wahrung berechtigter Interessen zu, namentlich der Bergarbeiter-Zeitung, die im Mittelpunkt aller dieser Geschehnisse steht. Bei der Rheinischen Zeitung fällt bei der Sachlichkeit ihrer Artikel auch die Beleidigung fort. Ich verleugne nicht, daß die Sache, die das Gericht beschäftigt hat, schmerlich ist, namentlich vom Standpunkt der Arbeiterbewegung, die nichts dörflicher hat als die Einigkeit. Von der Seite meiner Kläger ist immer im Sinne der Einigkeit aller Arbeiter gewirkt worden, von der Gegenseite straubt man sich festig gegen jede Art von Arbeitsgemeinschaft. Es wäre zu wünschen, wenn ein Prozeß wie dieser, der die deutschen Arbeiter im Kampfe gegeneinander sieht, nicht wiederkehrt.

Nach unerlässlichen Erörterungen steht der Vorsitzende und seines Vertreters zog sich um 6 Uhr das Gericht zurück. Nach 2½ stündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Die Privatkläger fühlen sich durch den Vortrag, ein Doppelspiel oder ein abgelartetes Spiel getrieben zu haben, mit Recht beleidigt. Das Gericht sieht davon ab, zu entscheiden, welche von den vielen Interpretationen der Enzyklika Singularia quadam Anspruch auf Authentizität hat. Das meiste hat wohl die Annahme für sich, nach der die kirchliche Auffassung für die christlichen Gewerkschaften vorgeheben ist. Die Schluffolgerung, daß sich Stegerwald durch seine Rede vom 2. März 1912 bereits unterworfen habe, mag theoretisch einwandfrei sein; das Gericht hat sie aber verworfen. Es mußten also sämtliche Angeklagte bestraft werden. Dem Angeklagten Wagner wird der Schutz des § 198 in einem Punkte zugesagt, soweit die Vorwürfe beim Sitzel der Ruhrbergerbeiter in Betracht kommen. Für die Höhe des Strafmaßes kam in Betracht, daß die Angeklagten die Behauptungen in der Hauptklausur nicht selbst aufgestellt, sondern sie aus anderen Blättern übernommen haben. Das Gericht hat auch die Vorwürfen nicht in Betracht gezogen, weil sie bei allen Angeklagten auf dem gleichen Gebiete liegen. Auch hat es auf Veröffentlichung erkannt. Es hat dabei aber nur die Blätter der Angeklagten in Betracht gezogen. Dafür sollen auch die Gründe mit veröffentlicht werden.

Es wurde auf folgende Strafen erkannt: Schädlich von der Bielefelder Polizeiwacht erhält 500 M. Geldstrafe, Direktor vom fränkischen Volksfreund in Würzburg 500 M., Buchautor von der fränkischen Polizei in Bamberg 500 M., Beirat von der Hamburger Echo 450 M., Sekretär von der Pfälzischen Post in Ludwigshafen 300 M., Steinbüchel von der Essener Arbeiterzeitung 250 M., Wagner von der Bergarbeiter-Zeitung in Bochum 200 M., Sollmann von der Rheinischen Zeitung in Köln 50 M. Die Gewerkschaftssekretärin Nienhöfer (Radarfahrer) 450 M., Sieg (Verbundzeitung) 200 M.

wären, hätten die sozialdemokratischen Blätter deren Artikel nicht abgelehnt. Aber man gedachte zu profitieren von der Meinung, daß man vor Gericht um so bessere Aussichten habe, wenn man Sozialdemokraten zu Gegenpartnern hat. Weil sich im christlichen Lager nichts eigne gegen die Mitteilungen bürgerlicher Blätter, kann niemand an der Überzeugung, daß daran etwas Wahres sein müsse, wenn auch manches Abenteuerliche dabei mit unterliegt. Die Hauptfache aber ist, daß für manche jener Behauptungen eine hohe innere Wahrscheinlichkeit ist. Solches gehen nun darauf hinzu, die innere Wahrscheinlichkeit für die Unterwerfung der christlichen Führer, ihr Doppelpiel in Essen, ihre politischen Beweggründe beim Bergarbeiterstreit, ihre Abhängigkeit von Zentrum, Kirche, Regierung und Unternehmertum, und endlich ihre Unbrauchbarkeit als gewerkschaftliche Organisation nachzuweisen. Den Kern der Sache erläutert Heine in dem Unterschied zwischen der autoritären Auffassung des politischen und sozialen Willens, wie sie von der Kirche vertreten wird, und der freiheitlichen Auffassung dieser Bestrebungen, wie sie zu finden ist da, wo die Masse des Volkes die Gestaltung ihres Geschehens in die eigene Hand genommen haben. Die Kirche erhebt ihre Stimme gegen die freiheitliche Bewegung, je mehr sie gegenüber dem modernen Kulturreich ins Gedränge gerät. Sie hat die selbständige Arbeiterbewegung in Italien und Frankreich unterdrückt und rißt ihre Angriffe auch gegen die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, wo diese Anspruch auf Selbständigkeit macht. Das fällt ihr allerdings in Deutschland nicht so leicht, weil die christlichen Gewerkschaften einen starken Rückhalt am Zentrum haben. Zentrum und Kirchliche Gewerkschaften haben gegenwärtig einen schweren Stand; sie werden viel angegriffen von Leuten, deren letzte Fäden in Rom enden. Da heißt es, Rom gegenüber ein gute Gesinnung zeigen, was man nicht besser tun kann als durch, daß man sie auf die Sozialdemokratie stützt, was zugleich den Beifall der Regierung und des Unternehmers sichert. Die christlichen Gewerkschaften müssen den Radikalismus ablegen, weil man den einflussreichen Vertretern der Berliner Richtung, die mit hohen und höchsten Herren zu Thilz sitzen, nicht Gelegenheit geben will, ihren Gegenüber gegenüber die christlichen Gewerkschaften als Umstürzer hinzustellen. Darum Arbeitssättigung beim Bergarbeiterausland, darum die Befreiung Hues aus dem Bochumer Reichstagssmandat. Aus all diesen Gründen waren meine Kläger berechtigt, den christlichen den gewerkschaftlichen Charakter abzusprechen und ihnen beim Bergarbeiterstreit Arbeiterrat vorzuwerfen. Ich kann nicht leugnen, daß meine Kläger sich zum Teil der Beleidigung schuldig gemacht haben, doch steht ihnen der Anspruch auf Wahrung berechtigter Interessen zu, namentlich der Bergarbeiter-Zeitung, die im Mittelpunkt aller dieser Geschehnisse steht. Bei der Rheinischen Zeitung fällt bei der Sachlichkeit ihrer Artikel auch die Beleidigung fort. Ich verleugne nicht, daß die Sache, die das Gericht beschäftigt hat, schmerlich ist, namentlich vom Standpunkt der Arbeiterbewegung, die nichts dörflicher hat als die Einigkeit. Von der Seite meiner Kläger ist immer im Sinne der Einigkeit aller Arbeiter gewirkt worden, von der Gegenseite straubt man sich festig gegen jede Art von Arbeitsgemeinschaft. Es wäre zu wünschen, wenn ein Prozeß wie dieser, der die deutschen Arbeiter im Kampfe gegeneinander sieht, nicht wiederkehrt.

Nach unerlässlichen Erörterungen steht der Vorsitzende und seines Vertreters zog sich um 6 Uhr das Gericht zurück. Nach 2½ stündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Die Privatkläger fühlen sich durch den Vortrag, ein Doppelspiel oder ein abgelartetes Spiel getrieben zu haben, mit Recht beleidigt. Das Gericht sieht davon ab, zu entscheiden, welche von den vielen Interpretationen der Enzyklika Singularia quadam Anspruch auf Authentizität hat. Das meiste hat wohl die Annahme für sich, nach der die kirchliche Auffassung für die christlichen Gewerkschaften vorgeheben ist. Die Schluffolgerung, daß sich Stegerwald durch seine Rede vom 2. März 1912 bereits unterworfen habe, mag theoretisch einwandfrei sein; das Gericht hat sie aber verworfen. Es mußten also sämtliche Angeklagte bestraft werden. Dem Angeklagten Wagner wird der Schutz des § 198 in einem Punkte zugesagt, soweit die Vorwürfe beim Sitzel der Ruhrbergerbeiter in Betracht kommen. Für die Höhe des Strafmaßes kam in Betracht, daß die Angeklagten die Behauptungen in der Hauptklausur nicht selbst aufgestellt, sondern sie aus anderen Blättern übernommen haben. Das Gericht hat auch die Vorwürfen nicht in Betracht gezogen, weil sie bei allen Angeklagten auf dem gleichen Gebiete liegen. Auch hat es auf Veröffentlichung erkannt. Es hat dabei aber nur die Blätter der Angeklagten in Betracht gezogen. Dafür sollen auch die Gründe mit veröffentlicht werden.

Es wurde auf folgende Strafen erkannt: Schädlich von der Bielefelder Polizeiwacht erhält 500 M. Geldstrafe, Direktor vom fränkischen Volksfreund in Würzburg 500 M., Buchautor von der fränkischen Polizei in Bamberg 500 M., Beirat von der Hamburger Echo 450 M., Sekretär von der Pfälzischen Post in Ludwigshafen 300 M., Steinbüchel von der Essener Arbeiterzeitung 250 M., Wagner von der Bergarbeiter-Zeitung in Bochum 200 M., Sollmann von der Rheinischen Zeitung in Köln 50 M. Die Gewerkschaftssekretärin Nienhöfer (Radarfahrer) 450 M., Sieg (Verbundzeitung) 200 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragssleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 4. Januar der 2. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Januar 1914 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatutes gestattet:

Der Verwaltungsrat setzt 50 M. pro Woche ab 1. Januar 1914.

Der Verwaltungsrat setzt 50 M. pro Woche ab 1. Januar 1914.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Düsseldorf:

Der Heinrich Mohr, geb. am 4. März 1872, Buch-Nr. 2.234.953, wegen Eisen- und Schmiedeleien.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Köln:

Der Schlosser Heinrich Kremer, geb. am 12. September 1889 zu Mülheim a. Rh., Buch-Nr. 1.913.797;

der Arbeiter Wilhelm Kaufmann, geb. am 31. Oktober 1876 zu Düsseldorf, Buch-Nr. 1.681.940;

der Schlosser Otto Pfaudler, geb. am 24. Mai 1884 zu Großbörne, Buch-Nr. 1.756.570, sämtlich wegen Nichtablieferung entliehener Bücher.

Auf Antrag der Verwaltungsräte in Würzburg:

Der Dreher Felix Schwarzbauer, geb. am 18. Januar 1883 zu Wien, Buch-Nr. 1, wegen Nichtablieferung seiner Verpflichtungen.

Auf Beschluß des Vorstandes:

Der former Friedrich Möller, geb. am 11. August 1880 zu Böblingen, Buch-Nr. 459.220, wegen unkollegalem Verhalten.

Streikbrechervertrag und Urheberrecht.

Das *Böll's Blatt* in Halle hatte im Mai 1913 den Wortlaut der Verträge abgedruckt, die der Streikbrechermittler A. O. L. Heßberg in Blankenese mit den Unternehmern der Saale-Steedert über die Vermittlung von Streikbrechern abschloß und eine kräftige Kennzeichnung hinzugefügt. Heßberg verklagte das Blatt, aber nicht, weil er sich durch dessen Bemerkungen beleidigt fühlte, sondern wegen „unerlaubten Nachdrucks“. Die Strafammer sprach jedoch den verantwortlichen Redakteur *Koenen* frei. Hiergegen legte der Staatsanwalt Revision ein und das Reichsgericht verwies die Sache an dasseitige Gericht zu nochmaliger Verhandlung zurück. Es sollte prüfen, ob die Heßberg'schen Verträge gesetzlich erlaubt seien. Die Erfahrungen, Gewerkt heißt und Rechtskenntnis erfordert seien. Der Staatsanwalt bejahte dies und behauptete weiter, die Veröffentlichung der Verträge sei ein „unerlaubtes Sammelmittel“ der Gewerkschaften. Er beantragte 50 M. Geldstrafe. Das Gericht kam diesmal zu dem Schluß, daß die Streikbrecherverträge ein selbständiges Schriftwerk seien, das den Schutz des Urheberrechtes genieße und verurteilte den Genossen *Koenen* zu 30 M. Geldstrafe.

Die Streikbrecheragenten brauchen nicht zu glauben, daß sie durch die richtige Kennzeichnung ihrer Handlungsweise unmöglich machen können. Ihr Treiben wird nach wie vor in seiner ganzen Gemeinschäftslichkeit der Dessenlichkeit gezeigt werden.

Ist das kein Terrorismus?

Wie das *Hamburger Echo* vom 19. Dezember berichtet, habe eine auswärtige Firma einen Monteur nach der Werk von Blohm & Voß geschickt, um an Bord eines Kampfers Arbeiten ausführen zu lassen. Darauf bediente der Ingenieur S. von der Werk der Firma, der Monteur müsse sofort loslassen werden. Dieser Monteur war nämlich früher auf der Werk beschäftigt und hatte sich des Verbrechens schuldig gemacht, vor Gericht gegen einen Gelben zu sagen, der zwischen seinem und dem Blohm'schen Eigentum nicht zu unterscheiden wußte. Als dann der Gelbe andere Arbeiter zu beschuldigen versuchte, gab Ingenieur S. seiner Verachtung vor einer solchen Handlungsweise sehr kräftig Ausdruck. Dies ist wohl inzwischen vorgehoren und hergeholt worden. Man scheint jetzt bei Blohm & Voß die Gelben großhappeln zu wollen und dazu werden wohl auch so „keine Mittel“, wie die Maßregelung des Monteurs, nicht verschmäht. Die Firma wollte natürlich die Arbeit bei Blohm & Voß nicht gerne verlieren und mußte daher dem Anfunnen des Ingenieurs S. folgen. Den Maßregeln wird natürlich kein Hörchen getrunken. Es sind ja auch keine Arbeiter!

Noch mehr Streikbrecherschutz nötig?

Das Schöffengericht in Norddeich am Ried teilte am 18. Dezember den Eisenhauer L. m. e. wegen Beleidigung eines Streikbrechers zu 10 M. Geldstrafe oder 14 Tagen Gefängnis. Der Angeklagte und der Schlosser Hinrich als Zeuge bestreiten die angebliche Beleidigung. Der Anwalt meinte, der Angeklagte und der Zeuge hätten auf sozialdemokratischem Boden und seien nicht ohne weiteres glaubwürdig; gegen den Zeugen würde er ein Verfahren wegen Meinungsunterschieden beginnen. Das Schönste an der Geschichte ist nun, daß Lemke gar kein Sozialdemokrat oder freier Gewerkschafter ist, sondern dem Christlichen Gewerksverein der Stadt Cuxhaven und Metallarbeiter angehört. Hoffentlich schreibt sich die Firma diesen Fall ins Gedächtnis und erkennen daran, daß es bei dem jungen Arbeitstwilligen auch gegen sie geht und sie daher bei ihrem Schimpfen über „sozialdemokratischen Terrorismus“ etwas vorsichtig sein müssen.

Wo bleiben die Gelben?

Wie die *Ehener Arbeiter-Zeitung* am 22. Dezember mitteilte, wurden bei den Vertreterwahlen für die Sterbe- und Familienkasse auf Seite Remmels 11 große Abstimmungen für die Gelben gemacht. Bei der Wahl im Jahre 1912 bestellten sich die Gelben nur in einem Bezirk und schließen 57 Stimmen, jetzt in allen sechs Bezirken 289. Dabei behaupteten sie, am Seite Remmels 900 Mitglieder zu haben. Die „Christlichen“ erschienen 1912 in zwei Bezirken 44 Stimmen, jetzt in allen 136. Die Sozialen hatten 1912 in vier Bezirken 688 Stimmen, jetzt in allen Bezirken 670. Der Bergarbeiterverband hatte 1912 838 Stimmen und jetzt 1250. Für die „Christlichen“ und die Gelben ist das Ergebnis möglich. Und dabei haben Beimel stolz für die Gelben agiert. Wo mögen denn die 900 Mitglieder sein, die die Wirtschaftsschicht zu haben behaupten? Über sind dies in der übrigen Stadt nur 30 angegliedert?

Die großen Erfolge, die die Gelben von der Seite erzielen, scheinen nicht kommen zu wollen. Man weiß dies auch den Vereinsberichten im gelben Band an. Da wird der Raum lange nicht mehr so voll genommen wie früher. Wenn es schon möglich war, auf Seite Remmels die Gelben zur verdienten Bedeutungslosigkeit hinabzuhüpfen, so sollte es in anderen Betrieben, wo die Gelben nicht so gute Vorbereigungen für ihre Ausbreitung haben, noch leichter sein.

Vom Husland.**Niederlande.**

Da Herzogtum Niederrhein die Soldaten seit fünf Wochen wegen Zahnbeisetzung im Streik. Die Unternehmer wollen aus Deutschland Streikbrecher beziehen. Zugang ist fernzuhalten.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Revision des Böll's Blattes ist endlich, nach langen Diskussionen, zur Kenntnis geworden. Eine der Hauptfragen, die davon führen, war die wahrscheinliche Unzulänglichkeit der Arbeitszeit über die ungeheure Verlängerung der Betriebszeitung, die in den meisten Betrieben ist. Hat doch das Unternehmen zu Böll's Blatt vorgewiesen, daß die Preislage der 15 wichtigsten Gattungen von Rohstoffen im Mittel 1912 um mehr als 50 Prozent höher war als 15 Jahre vorher. Die politischen Machthaber wünschten wohl oder über ein Mittel zu finden trachten, um der hohen Steigerung der Lebensmittelpreise Einhalt zu tun, und eine Abreise des Böll's Blattes gegen die herrschenden demokratischen Partei um gemeinsam dazu. Leider waren sehr einflussreiche Anhänger dieser Partei, die industrialisierten Großgrundbesitzer, bzw. jeder Gegner der Abschaffung des Zolls und der unabhängigen Industrie. In vielen Städten wurde unter ihnen einiges getan, daß der Hochpreis durchaus nicht in jeder Hinsicht unzureichend war. Durch die Steigerung in den einheimischen Betrieben für die unabhängige Industrie wurde die Gewerkschaften bestrebt, den hiesigen Betrieb um die möglichst niedrige Art zu besiedeln, es wurde ihre meistliche Neigung gezeigt, gleichartige Güter in großen Mengen zu erzeugen und um die Güte wenig Bedeutung zu nehmen. Somit doch die hohen Zölle gegen die Ausfuhr guter hiesiger Ware. Aber dadurch wurde über auch die unabhängige Industrie gleichzeitig eingeschlossen, denn ihre Erzeugnisse konnten nur in Bezug auf Güte höheren Ansprüchen des Auslands nicht genügen. Eine ausgebildete Ausfuhrindustrie konnte sich – von wenigen Spezialitäten abgesehen – nicht entwirken. Die nun erfolgte Herabsetzung der Zölle auf bestimmte Güter der Industrieindustrie die unabhängige Industrie möglich machen, und ja wird die unabhängige Industrie zuwenden, kostengünstigere Güter zu exportieren.

Die Böll's Blattes war aber nicht so dummkopfisch, als wenn sie der Gewerkschaften darüber aufgeklärt worden war. Deshalb, die nur einige besondere Güter einer gewissen Güteansprache entsprechen, wurde am 20. Juli eingeführt. Eine gegen die Zölle gerichtete Reaktion ist zwecklos die Befreiungserklärung vom Zoll-

gesetzen, Registerkassen, Maschinen für Schuhfabrikation, Borrländer, Fleisch, kondensierter Milch usw. Doch sind keineswegs alle Güter durch die Befreiung „befreit“ worden; so ist zum Beispiel in bezug auf Tabak- und Zigaretten keine nennenswerte Abwendung eingetreten.

Eine beachtenswerte Tatsache ist, daß der neue Böll's Blatt weniger Spuren einer unterhüllten Gewissenswelt aufweist, als man es in den Vereinigten Staaten bisher gewohnt war. Ganz davon frei ist der Tarif wohl nicht. So zum Beispiel wurde für rohe Wolle im allgemeinen der Zoll abgeschafft, aber eine einzige Ausnahme blieb bestehen – der Zoll auf Roh-Mohair. Ein sichtbarer Grund zur Abschaffung dieser Ausnahme ist nicht vorhanden; nur gewisse „Beziehungen“ können sie erklären.

Nach den Erklärungen der für die Tarifrevision in erster Linie verantwortlichen Personen sollten die Zölle auf notwendige Gebrauchsartikel so weit wie möglich aufgehoben oder ermäßigt, die Zölle auf Luxusartikel aber beibehalten oder erhöht werden. Diesen Grundsatz hat man nicht streng durchgeführt. Tisch- und Kochmesser, die man doch kaum als Luxusartikel bezeichnen kann, sind einem Zoll von 35 Prozent oder 55 Prozent des Wertes unterworfen. Motorwagen werden immer mehr zu Mitteln des Geschäftsbetriebs, und die Augustwagen bilden einen abnehmenden Teil der Gesamtproduktion. Dennoch betragen die Zollsätze 30 bis 45 Prozent, je nach der Wertklasse. Ebensoviel sind luxuriöse Luxusartikel, für die 30 Prozent Zoll zu zahlen sind, noch kann das gefragt werden von Kohlenförderer, Drahtseile, Scheren, Fälschungen usw., die einem Zoll von 30 Prozent unterworfen sind. Der 25prozentige Zoll auf Mikroskop, Füllfedern, Schreibpapier und dekorative Keramikwaren ist ebenso gering entschieden als „proletarisch“ aufzufassen. Bei Textilprodukten, die einen sehr großen Teil der amerikanischen Einführung bilden, ist die Absicht des Zollschutzes unverkenbar. Die Zollsätze bewegen sich für Baumwollgarne zwischen 5 und 27½ Prozent, für Baumwollstoffe zwischen 7½ und 30 Prozent, für Wollen, Hammwollen- und ähnliche Stoffe sind 35 Prozent Zoll zu entrichten. Die Zölle auf Metallwaren sind dem Fabrikationsgrade entsprechend abgestuft; sie steigen von 5 Prozent für Globen auf 10 Prozent für Träger, 12 Prozent für Kesselplatten, 15 Prozent für galvanisierte Platten und auf 20 Prozent für eine große Anzahl von Eisen- und Stahlprodukten. Für gewisse kleine Metallwaren stellen sich die Zollsätze auf 30 bis 40 Prozent und mehr. Die amerikanische Metallindustrie wird sich also auch in Zukunft gegen ihre auswärtigen Gegner ohne Schwierigkeit zu behaupten vermögen.

Die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden stark ermäßigt. Beizieht steht auf der Freizeit und die Zollsätze für andere Zerealeien wurden auf die höchste herabgesetzt. Auf das Pfund Butter oder Butterersatzmittel verbleibt ein Zoll von 2½ Cents, für Käse beträgt der Zollsatz 20 Prozent, für den 2 Dollar die Tonne.

Wie sich die weitere Entwicklung gestalten wird, hängt ganz vom Erfolg der gegenwärtigen Zollermäßigungen ab. Geringe Preiserübung bei anhaltend gutem Geschäftsgang können Anlaß zu fortgesetzter liberaler Zollpolitik bieten. Folgt eine Periode ungünstiger Wirtschaftslage, so können wir sicher sein, daß die Amerikaner mit Enthusiasmus zu ihrer früheren Abschüttung zurückkehren, gerade so, wie auf den schüchternen Zollliberalismus der Hera Gruber Cuxhavens die erfolgreiche Hochzollagitation unter Mc Kinley folgte.

Die zuletzt hoch bleibenden Zölle auf Luxusartikel werden dem Handel mit diesen Artikeln kaum abträglich sein, da es sich hier um Dinge handelt, die ohne viel Rücksicht auf den Preis gekauft werden und die wohlhabende Amerikaner vom Ausland bezogen müssen, weil sie im Inland bisher nicht oder nicht in der gewünschten Güte erzeugt werden können. Sowohl die Zölle auf Luxusartikel ermäßigt wurden, wie die Folge ein gespürter Verbrauch sein, weil diese Artikel nun Bedürfnisse zugänglich sind, die sie früher entbehrt wurden.

Jedenfalls darf man erwarten, daß der Kampf um den amerikanischen Markt in Zukunft viel heftiger wird, als er in der jüngsten Vergangenheit war.

Nicht ausgeschlossen ist aber auch, daß der Verlust des einheimischen Monopols amerikanische Unternehmer veranlaßt, ihrerseits mehr als bisher das Ausfuhrgeschäft zu pflegen und den europäischen Konkurrenten in den eigenen Ländern entgegenzutreten. Viel Wahrscheinlichkeit, daß dies geschieht, besteht wohl nicht. Wahrscheinlich ist dagegen eine bedeutsche Steigerung der nordamerikanischen Ausfuhr nach den am Süßen Ocean gelegenen südamerikanischen Republiken, sowie nach Australien und Ozeanien, wohin der Seeweg durch die Eröffnung des Panamakanals bedeutend verkürzt werden wird.

Literarisches.

Die moderne Küchensuppe für Privathaus und Restauranten. 100 neue Rezepte für den einfachen und seinen Tisch, herausgegeben von Elsie B. Betsch, 20 Seiten. Preis 1,10 M. postfrei. Verlagsanstalt Emil Abtg. Briesen. — Gerade jetzt sollte der Tisch auf seinem Rücken setzen fehlen. Die bekannten Kochbücher behandeln die Kücheneinträge teils nur nebenstehend, teils berücksichtigen sie nicht die neueren Erfindungen. Wer öfter läßt sich in den hier gejüngerten Zubereitungsarten auf den Tisch breiten, spart Wirtschaftsgeld und — fröhlt haben mehr Rhythmus als das dreistufige Treppenlauf. Das Buch ist billig und daher jedermann zu empfehlen.

Verbands-Anzeigen.**Metallarbeiter-Sammelungen.**

Für alle Sammelungen werden Mitglieder aufgenommen.

Samstag, 3. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Böll's Blatt, 19. Bitterfelder Zeitung, halb 9. Bitterfelder Zeitung, 8 Uhr. Bitterfelder Zeitung, 8 Uhr. Bitterfelder Zeitung, 8 Uhr. Bitterfeld-Zeitung, halb 9 Uhr.

Dienstag, 6. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Freitag, 9. Januar:

Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Samstag, 10. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Sonntag, 11. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Montag, 12. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Mittwoch, 13. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Donnerstag, 14. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Freitag, 15. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Samstag, 16. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Sonntag, 17. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Mittwoch, 18. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Donnerstag, 19. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Freitag, 20. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Samstag, 21. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Sonntag, 22. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Mittwoch, 23. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Donnerstag, 24. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Freitag, 25. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Samstag, 26. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Sonntag, 27. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Mittwoch, 28. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Donnerstag, 29. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Freitag, 30. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Samstag, 31. Januar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Sonntag, 1. Februar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Mittwoch, 4. Februar:

Bitterfeld-Zeitung, Bitterfelder Zeitung, 19. Bitterfelder Zeitung, 19.

Donnerstag, 5. Februar: